

# EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2015



## Zuwanderung begrenzen 3

Interview mit Roger Köppel zu Wohlstand, Wachstum und Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz.



## EU-Anschluss verhindern 5

Der Bundesrat ist bereit, automatisch EU-Recht und fremde Richter zu übernehmen. Ein gefährlicher Weg.



## Asyl-Chaos stoppen 9

Die Sogwirkung der laschen Politik auf illegale und Wirtschaftsmigranten ist riesig. Jetzt muss gehandelt werden.



**National- und Ständeratswahlen**  
Wie wähle ich richtig? Seite 18

## Frei bleiben – SVP wählen

Die SVP will unser schönes und einmaliges Land erhalten: persönliche Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und einen intakten Lebensraum. Diese Errungenschaften sind heute in Gefahr: durch eine masslose Zuwanderung, Gewalt und Kriminalität im Alltag, das wachsende Risiko terroristischer Anschläge, aber auch durch den Drang von Politikern, die Schweiz in die EU zu führen. Wer will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht bei den eidgenössischen Wahlen an die Urne – und wählt SVP.

Eine Zuwanderung von über 80'000 Personen – was der Bevölkerung der Stadt Luzern entspricht – pro Jahr ist für unser Land nicht zu verkraften. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben entschieden, dass dies nicht so weiter gehen darf, weil die Schweiz ansonsten bereits in wenigen Jahren 10 Millionen Einwohner zählt, zubetoniert und überfüllt ist. Wer will, dass dieser Volksentscheid zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung endlich umgesetzt wird, muss Politikerinnen und Politiker ins Parlament entsenden, welche dieses Ziel ebenfalls verfolgen. Auch die Ausschaffung krimineller Ausländer ist fast 5 Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative nicht umgesetzt. Der Grund: Ausser den SVP-Vertretern im eidgenössischen Parlament sträuben sich alle Politiker, Kriminelle auszuweisen. Dank der SVP-Durchsetzungsinitiative kann es nun das Volk

im kommenden Jahr nochmals richten und den Politikern den Weg weisen. Schneller ginge es, wenn im Bundeshaus die richtigen Volksvertreterinnen und Volksvertreter sitzen würden. Deshalb sind Wahlen wichtig. Ungeachtet des Chaos in der EU mit Griechenland, schwacher Währung, offenen Grenzen für Migranten aus der ganzen Welt und zentralistischer Arroganz, wollen Bundesrat und Parlament die Schweiz schleichend der EU anschliessen. Über ein sogenanntes institutionelles Rahmenabkommen soll unser Land zwingend das EU-Recht übernehmen, und die Schweiz soll sich dem Gerichtshof der Europäischen Union unterstellen. Wer das verhindern will, hat nur eine Wahl: bei den National- und Ständeratswahlen am 18. Oktober 2015 an die Urne gehen und SVP wählen.

## Kommentar

### Sie haben die Wahl

Am 18. Oktober können die Schweizerinnen und Schweizer das eidgenössische Parlament neu wählen. Haben Sie an den letzten Wahlen teilgenommen? Gehen Sie vielleicht nur bei Sachabstimmungen an die Urne? Oder haben Sie genug, da die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Überlegen Sie es sich gut. Jede zusätzliche Stimme entscheidet im Parlament über Erfolg und Nichterfolg Ihrer Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen.

Bereiten Ihnen die grenzenlose Einwanderung, die jährlich 30'000 Asylsuchenden, welche in der Schweiz ein besseres Leben suchen, die damit zusammenhängenden Missbräuche im Sozialwesen oder die ausufernde Kriminalität Sorge? Auch dann sollten Sie am 18. Oktober wählen gehen. Die SVP ist die einzige Partei, die die Zuwanderung begrenzen und mit den Missbräuchen im Asylwesen aufräumen will. Wählen Sie eine andere Partei, wird die Politik der masslosen Zuwanderung und des Schönredens weitergehen.

In den letzten vier Jahren waren die Mehrheiten im Parlament und in der Regierung mitte-links. Nicht genehme Volksentscheide werden nicht beachtet. So bei der Begrenzung der Zuwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer, der Verwahrung gefährlicher Straftäter, oder dass Pädophile nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Mitte-Links hat auch beschlossen, dass sich die Schweiz noch stärker in die EU einbinden lassen soll und wir auf unser selbstbestimmtes Recht verzichten sollen. Wenn Sie diese Mehrheitsverhältnisse im Parlament korrigieren wollen, gehen Sie an die Urne. Wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein eigenständiges und freies Land bleibt, haben Sie am 18. Oktober nur eine Wahl: SVP.



*Toni Brunner*

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Für den Ständerat:

**Thomas Müller**  
in den Ständerat  
Für einen bürgerlichen Ständerat!  
www.svp-sg.ch

Für den Nationalrat:

**Liste 8!**  
SVP wählen.  
www.svp-sg.ch

## Es braucht neue Mehrheiten im Parlament

Die Mehrheiten im eidgenössischen Parlament lagen in den letzten vier Jahren oft mitte-links. SVP und FDP halten im Nationalrat derzeit 87 Sitze. Zählt man je nach Thema noch einzelne Vertreter der Mitte-Parteien zum bürgerlichen Lager, reicht es noch immer nicht für die notwendigen 101 Stimmen, um eine sichere Mehrheit zu bilden.



Adrian Amstutz, Fraktionspräsident, Sigriswil (BE)

Im Ständerat sieht es noch problematischer aus, weil die SVP über zu wenige Sitze verfügt. Das heisst konkret, dass unter der Führung der linken Parteien massgebliche Weichen in Richtung mehr Staat, zusätzliche Ausgaben, weniger Freiheit, weni-

ger Sicherheit und einer grenzenlosen Zuwanderung gestellt wurden. Das ist auch der Grund, weshalb die SVP in den letzten Jahren gezwungen war, in wichtigen Fragen zu Volksinitiativen zu greifen, z.B. im Bereich der Masseneinwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer oder der rechtlichen Selbstbestimmung der Schweiz.

Um auf breiter Front etwas zu bewegen, ist es jedoch entscheidend, dass die Mehrheiten im Parlament wieder in Richtung Mitte-Rechts kippen. Dazu bräuchte es nur wenige Sitze, die vom linken ins rechte Lager wechseln. Deshalb sind die eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober von zentraler Bedeutung.



Sitzverteilung im Nationalrat

### 02.06.2015: Aufblähung der staatlichen Kulturförderung



Der Bundesrat wollte die Kulturförderung für die kommenden vier Jahre auf über 1,1 Milliarden Franken anheben. Die SVP sprach sich für Masshalten und die Beibehaltung auf dem bisherigen Stand aus, was von einer satten Mitte-Links-Mehrheit abgelehnt wurde.

### 14.12.2012: Ausbau der Bürokratie über flankierende Massnahmen



Statt die Zuwanderung zu begrenzen, hat Mitte-Links massive Eingriffe in den flexiblen Arbeitsmarkt beschlossen, welche zu mehr Bürokratie, Kontrollen und staatlichen Eingriffen führen.

### 06.05.2015: Ausgabenexplosion beim Bund



SVP und FDP wollten die ausufernden Bundesausgaben (Verdoppelung seit 1990) auf dem Stand von 2014 plafonieren (64 Milliarden Franken). Die Parlamentsmehrheit will den Staat weiter ausbauen. Ein vermittelnder Antrag wurde im Nationalrat mit nur acht Stimmen Unterschied abgelehnt.

### 05.06.2012: Massive Aufstockung der Entwicklungshilfe



Eine masslose Aufstockung der Entwicklungs- und Auslandshilfe auf jährlich rund 3 Milliarden Franken wurde von beiden Räten gegen den Widerstand der SVP einfach durchgewunken.

# Wir dürfen unsere Identität nicht aufgeben

Die massive Zuwanderung führt früher oder später zu grossen Spannungen, denn fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden. Die Zuwanderung hat Auswirkungen auf die Stimmung am Arbeitsplatz, auf die Schulen, aber auch auf unsere gelebte Kultur.



Die Zuwanderung von netto 80'000 Personen pro Jahr führt früher oder später zu grossen Spannungen. Fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden.

Es ist eine historische Leistung, dass die Schweiz als Land von vier Sprachen und unterschiedlichen Kulturen eine starke nationale Identität und einen inneren Zusammenhalt entwickelt hat. Eine eigentliche Gefahr für den Zusammenhalt des Landes geht jedoch von einer masslosen Zuwanderung aus. Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz in 20 Jahren zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

### Auswirkungen auf alle Lebensbereiche

Bereits heute spüren wir beispielsweise die Auswirkungen der Ausbreitung

des islamischen Glaubens in unserem Land. Gesichtverschleierung, die Forderung nach muslimischen Friedhöfen oder nach einer Anerkennung als Landeskirche führen schon jetzt zu Diskussionen und Spannungen. Schulklassen, in denen es ausschliesslich ausländische Kinder gibt, oder Ortschaften, die bereits heute einen Ausländeranteil von mehr als 50% haben, sind eine Realität. Ein Kulturwandel findet auch am Arbeitsplatz statt, z.B. über ausländische Chefs, welche Kaderstellen wiederum mit ihren Landsleuten besetzen.

### Wir passen uns an

Die vielleicht grösste Veränderung findet aber in unseren Köpfen statt. Wir passen uns an, nehmen Rück-

sicht, stellen Gewohnheiten um, verzichten auf kulturelle Eigenheiten, um andere nicht vor den Kopf zu stossen. Auch hier sollten wir Gegensteuer geben. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.



Walter Wobmann, Nationalrat und Ständeratskandidat, Gretzenbach (SO)

## Soziale Sicherheit in Gefahr

46% der Arbeitslosen und der Sozialhilfebezügler sind heute Ausländer. Dieser Wert ist doppelt so hoch wie der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Durch die Masseneinwanderung tickt in unseren Sozialwerken eine Zeitbombe.



Jürg Stahl, Nationalrat und Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, Brütten (ZH)

Nach und nach muss auch der Bundesrat zugeben, dass die Folgen einer masslosen Einwanderung für unsere Sozialwerke kaum abzusehen sind. Während beispielsweise die AHV

heute durch die massive Zuwanderung noch zusätzliche Beitragszahler erhält, ist auch für den Bundesrat klar, dass «dieser Zufluss jedoch zu zukünftigen Rentenansprüchen» führt. Oder anders ausgedrückt: Die AHV kann nicht langfristig durch ein Schneeballprinzip finanziert werden.

### Belastete Arbeitslosenversicherung

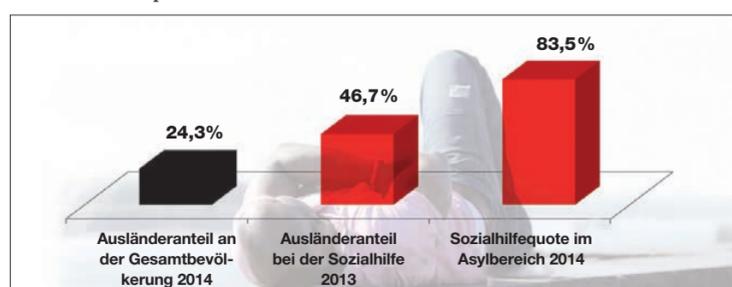
Bei der Arbeitslosenversicherung sind bereits heute die belastenden Effekte der Zuwanderung zu spüren. Während die Schweizerinnen und Schweizer insgesamt deutlich mehr einzahlen als sie beziehen, finanziere-

ren EU-Bürger anteilmässig nur noch 80% der von ihnen bezogenen Leistungen selbst. Personen aus Nicht-EU-Ländern beziehen prozentual gar dreimal mehr Leistungen, als von ihnen einbezahlt werden. Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage könnte diesen Zustand rasch verschärfen.

### Pulverfass Sozialhilfe

Hoch problematisch ist schliesslich die Situation im Bereich der Sozialhilfe, deren Kosten sich zwischen 2003 und 2012 auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt haben. Hier schlägt insbesondere die hohe Sozialhilfequote im Asylbereich zu Buche. Über 83% der Personen im Asylbereich beziehen Sozialhilfe.

In einzelnen Bevölkerungsgruppen, wie den Eritreern, steigt dieser Wert auf über 90%. Diese Personen werden kaum je eine Arbeit finden und langfristig die Finanzen der Gemeinden massiv belasten, was zu Steuererhöhungen und sozialen Spannungen führen wird.



Ausländer in der Schweiz beziehen doppelt so oft Sozialhilfe, 8 von 10 Personen im Asylbereich beziehen ebenfalls Sozialhilfe.

### Impressum

EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 2'943'992  
Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58  
Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations, 8450 Andelfingen | Bildquellen: iStockphoto, admin.ch, AZ, parlament.ch, Swisspanorama.ch, Anita Troller (InterConnections Zürich), SVP Schweiz | Karikaturen: Martin Guhl | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG. Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

# Die Schweiz nicht zubetonieren

Jede Sekunde gehen in der Schweiz 1,1 Quadratmeter Kulturland verloren. Umgerechnet auf ein Jahr entspricht das einer Fläche von sage und schreibe 4500 Fussballfeldern. Ein Haupttreiber für die Ausdehnung der überbauten Fläche ist die Zuwanderung. Nur wenn wir auch hier Mass halten, können wir unseren Lebensraum erhalten.



Hannes Germann, Ständerat, Opfertshofen (SH)

Die aktuelle Masseneinwanderung von 80'000 Personen netto pro Jahr führt zu einem Bedarf von jährlich rund 35'000 Wohnungen, ebenso müssen die Infrastrukturen (Stras-

sen, Schienen, Schulhäuser, Energieversorgung, Wasser, Abwasser usw.) an diese Entwicklung angepasst werden.

Drei Viertel unserer Fläche sind unproduktiv. Die explodierende Zunahme der Einwanderung geht somit insbesondere auf Kosten unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Vielerorts gleicht das Mittelland mehr und mehr einem durchgehenden Siedlungsraum. Der natürliche Lebensraum ist eine wichtige Grundlage für die Lebensqualität, aber auch für die Versorgung unseres Landes mit Lebensmitteln. Wir sollten auch unseren Kindern und Enkeln noch etwas von der Schönheit und Einzigartigkeit unseres Landes übrig lassen.

# Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen

Vor fast fünf Jahren – im November 2010 – sagten Volk und Stände Ja zur Ausschaffungsinitiative. Ausländer, welche wegen einer schweren Straftat verurteilt worden sind, sollen die Schweiz verlassen müssen. Trotz des klaren Entscheids wollen Bundesrat und Parlament die Initiative bis heute nicht umsetzen. Jetzt muss das Volk noch einmal an die Urne.

Seit Annahme der Ausschaffungsinitiative hält die Verfassung fest, dass ausländische Straftäter, welche wegen eines schweren Gewalt- oder Sexualdelikts, Drogenhandels, Einbruchs oder Sozialhilfe-Missbrauchs verurteilt wurden, nach Verbüßung ihrer Strafe die Schweiz verlassen müssen und eine Einreiseperrre erhalten. Das Mitte-Links-Parlament hat nun aber ein völlig wirkungsloses Ausführungsgesetz erlassen.

## Sicherheit wird vernachlässigt

Statt einer konsequenten Umsetzung der Ausschaffungsinitiative wollen Bundesrat und Mitte-Links-Parteien eine sog. «Härtefallklausel». So finden die Richter immer eine Begründung, weshalb der Straftäter nicht gehen muss:

## Rund die Hälfte aller Straftäter sind Ausländer!

Tötungsdelikte (StGB Art. 111–114):	57,7% Ausländer
Schwere Körperverletzung (StGB Art. 122):	50,0% Ausländer
Einbruchdiebstahl (StGB Art. 139):	73,1% Ausländer
Vergewaltigung (StGB Art. 190):	61,4% Ausländer
Menschenhandel (StGB Art. 182):	95,7% Ausländer
Freiheitsberaubung/Entführung (Art. 183):	52,6% Ausländer

Quelle: BFS, polizeilich registrierte Beschuldigte 2014

Drogendealer X habe ein Kind in der Schweiz (auch wenn er sich noch nie um dieses gekümmert hat), Mörder Y sei schon ein paar Jahre in der Schweiz und deshalb integriert, er habe im Gefängnis grosse Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht usw.

Derzeit werden nur etwa 500 kriminelle Ausländer pro Jahr in ihre Heimat zurückgeschickt. Eine beängstigend kleine Zahl, wenn man sich die Statistik der Expertengruppe des Bundes vor Augen führt: Nach dem Deliktskatalog der Initiative müssten jedes Jahr rund 16'000 ausländische Straftäter unser Land verlassen. Rund die Hälfte – also ca. 8'000 Täter – sind illegal in der Schweiz. Diese Zahlen verdeutlichen das enorme Risiko, welches die bisherige Ausweisungspraxis für die öffentliche Sicherheit in unserem Land bedeutet.

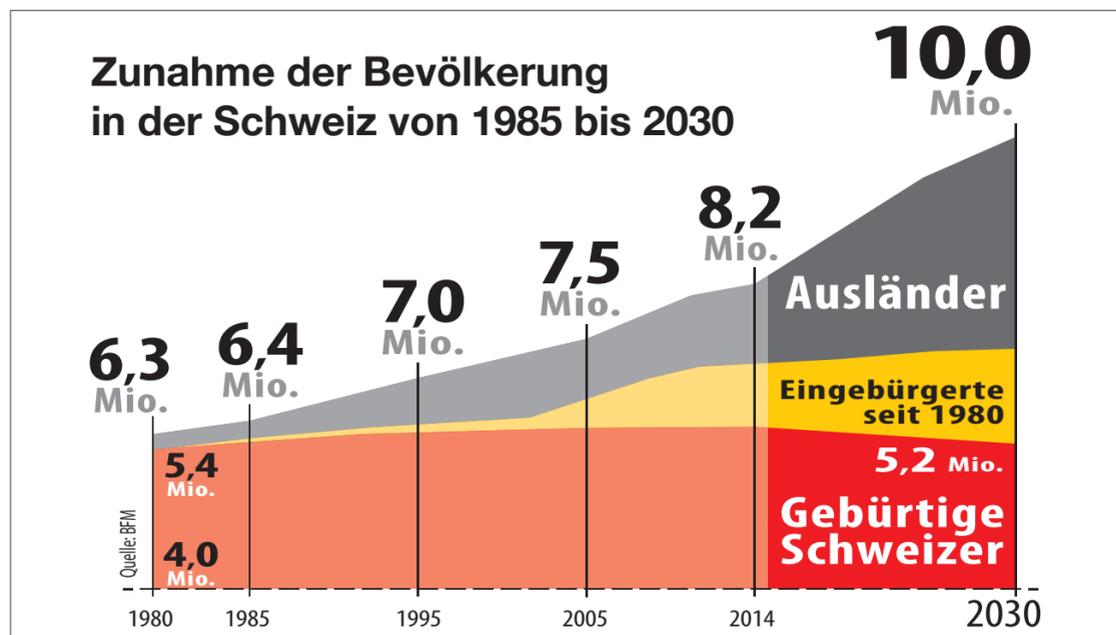
der erzwingen müssen. Die Initiative umfasst einen Deliktskatalog, der in der Bundesverfassung festgehalten und direkt anwendbar ist. So kann sich der Souverän endlich gegen die Behörden und Politiker durchsetzen, welche seit Jahren die Arbeit verweigern.



Natalie Rickli, Nationalrätin, Winterthur (ZH)

## Durchsetzungs-Initiative

Im Jahr 2016 wird das Volk an der Urne mit der Durchsetzungs-Initiative die Ausschaffung krimineller Auslän-



Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz 2030 zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

# Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz?

Roger Köppel, Chefredaktor der Weltwoche im Interview mit dem Extrablatt zum Wohlstand, Wachstum und zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Begrenzung der Zuwanderung. Er will nicht mehr länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

## Braucht die Schweiz wirtschaftliches Wachstum?

Roger Köppel: Ja. Die Schweiz ist ein Land ohne Bodenschätze und Kolonien. Sie lebt ausschliesslich vom Fleiss, von der Tüchtigkeit und von der Innovationskraft der hier arbeitenden Menschen und Unternehmen im Rahmen einer möglichst freien Wirtschaftsordnung.

## Hängt dieses Wachstum von der Zuwanderung ab?

Nein. Aber eine massvolle und nach den richtigen Kriterien gesteuerte Zuwanderung ist im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz. Was wir jetzt haben, eine unkontrollierte Massenzuwanderung, schadet der Schweiz, auch der Wirtschaft.

## Gehört zu einer liberalen Politik nicht auch die Personenfreizügigkeit?

Nein. Die Personenfreizügigkeit ist eine Fehlkonstruktion wie der Euro.

## Welche Folgen erwarten Sie, wenn sich die Zuwanderung im Ausmass der letzten Jahre fortsetzt?

Mehr Kriminalität, mehr Arbeitslosig-

keit, mehr Verkehrsüberlastung, höher verschuldete Sozialwerke, mehr Überbauung, mehr Stress und Unzufriedenheit bei den Schweizerinnen und Schweizern, weniger Produktivität und weniger Wohlstand.

## Weshalb tut sich die Politik so schwer, den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 umzusetzen?

Die Politiker wollten diesen Entscheid von Anfang an nicht. Der Bundesrat und eine Mehrheit in Bern bekämpften ihn massiv. Jetzt setzen sie alles daran, damit er nicht umgesetzt wird – neuerdings machen auch die Wirtschaftsverbände mit im Kampf gegen die SVP. Dahinter stecken kurzfristige Machtinteressen und Eigennutz. Die Personenfreizügigkeit bringt billige Arbeitskräfte für die Wirtschaft. Der Bundesrat steht wie das Parlament Mitte-Links. Man will näher an die EU ran, weil in der EU die Politiker das Sagen haben und nicht die Bürger. Die Politiker wollen sich aus der unbequemen direkten Demokratie befreien. Deshalb strebt der Bundesrat einen EU-«Rahmenvertrag»

an, der die Schweiz europäischem Recht und europäischen Richtern unterstellen würde.

## Was tun wir, wenn die EU nicht über eine Anpassung der Personenfreizügigkeit verhandeln will?

Umsetzen! Der Zeitpunkt ist günstig. Die EU hat viele Probleme. Ich glaube nicht, dass die EU jetzt auch noch das letzte Land in Europa kaputt machen will, das seine Rechnungen gegenüber der EU pünktlich bezahlt – ohne, dass man ihm vorher einen Milliardenkredit geben muss.

## Wohin bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren?

In Bern dominiert parteiübergreifend die Linke. Links heisst: Immer mehr Staat, immer mehr Steuern und Abgaben, immer mehr EU und immer mehr unkontrollierte Zuwanderung, legal und illegal. Ich bleibe aber optimistisch. Ich glaube und hoffe, dass die Bürgerlichen in den nächsten Wahlen zulegen werden. Die SVP ist der Fels in der Brandung.

## Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Schreiben allein genügt nicht mehr. Ich kann nicht länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

## Was, glauben Sie, können Sie in Bern bewegen?

Ich stehe zur Schweiz. Ich verteidige die

Schweiz als Journalist, auch gegenüber Angriffen aus dem Ausland, etwa im deutschen Fernsehen. Sollte ich gewählt werden – was noch ein weiter Weg ist, – werde ich meine Stärken dafür einsetzen, dass die Schweiz nicht an die EU verschenkt und kaputt gemacht wird. Ich möchte mich auch für eine verbesserte bürgerliche Zusammenarbeit einsetzen. Man muss die kleinkarierten Empfindlichkeiten zurückstellen. Es geht um die Schweiz.

## Roger Köppel

- ▶ Nationalratskandidat Zürich
- ▶ Chefredaktor und Verleger der Weltwoche
- ▶ Medienunternehmer und Publizist
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1965, wohnhaft in Küsnacht (ZH)



# Bilaterale: Ja, aber nicht um jeden Preis

Die Schweiz ist eine der offensten Volkswirtschaften der Welt. Ein enger Austausch mit dem Nachbar EU stellt dabei eine Selbstverständlichkeit dar. Die bilateralen Beziehungen müssen aber stets auf Augenhöhe und im gegenseitigen Interesse stattfinden. Und sie sind kein Selbstzweck, wie man das in der aktuellen Debatte bisweilen meinen könnte.



«Es wäre für die Schweiz geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge mit der EU Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.»

Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz ist mit der EU über nicht weniger als 283 bilaterale Verträge verbunden, welche verschiedenste Bereiche regeln, angefangen vom Freihandelsabkommen von 1972 bis zum Abkommen über den automatischen Informationsaustausch, das noch nicht einmal vom Parlament beraten wurde. Im Fokus stehen derzeit die sieben Verträge des Paketes Bilaterale I, welche 1999 abgeschlossen wurden. Volk und Stände haben im vergangenen Jahr beschlossen, dass aus diesem Paket das Abkommen über die Personenfreizügigkeit nicht mehr in der bisherigen Form weitergeführt werden soll, weil die Auswirkungen für die Schweiz mit zu grossen Nachteilen verbunden sind. Die Masseneinwanderung von jährlich rund 80'000 Personen belastet die Volkswirtschaft, Infrastrukturen, das Landschaftsbild und die Lebensqualität in zunehmendem Mass.

## Keine Abschottung

Die anderen sechs Verträge des Paketes Bilaterale I betreffen den Landverkehr, den Luftverkehr, die technischen Handelshemmnisse, das öffentliche

Beschaffungswesen, die Landwirtschaft und die Forschung. Diese Verträge können aus Sicht der Schweiz weitergeführt werden, sie sind aber nicht alle gleich wichtig für die Schweiz. So ist das Landverkehrsabkommen vor allem für die EU von grosser Bedeutung. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen seinerzeit nicht dem Wunsch der Schweiz entsprach. Die Schweiz kann gut auf ein solches Abkommen verzichten, falls kein neues ausgehandelt werden kann, da sie die gewünschten Arbeitskräfte aus dem Ausland jederzeit rekrutieren kann, falls der inländische Arbeitsmarkt die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht vollumfänglich befriedigt.

## Auf die eigenen Stärken vertrauen

Da die Abkommen der Bilateralen I miteinander verknüpft sind, stellt sich die Frage, was geschieht, wenn das Personenfreizügigkeitsabkommen dahinfallen würde. Betroffen wären dadurch in erster Linie nur die erwähnten sechs der insgesamt 283 Ab-

kommen. Ob die EU auf diese Abkommen verzichten möchte, ist zudem fraglich. Die Schweiz gehört auch für die EU zu den wichtigsten Handelspartnern. Sie exportiert mehr in die Schweiz, als unsere Wirtschaft in den EU-Raum. Die Unternehmen in der EU wollen den Absatzmarkt Schweiz unter keinen Umständen verlieren. Zudem ist der grenzüberschreitende Handel primär durch die Regeln der Welthandelsorganisation WTO und des Freihandelsabkommens abgesichert.

## Beziehungen zur EU nicht überhöhen

Es wird also in jedem Fall einen pragmatischen Weg geben. Die EU ist ein wichtiger Handelspartner. Die Schweizer Wirtschaft muss sich aber global ausrichten und sollte sich nicht in einseitige Abhängigkeiten begeben. Das zeigt derzeit gerade die Euro-Krise. Zudem wäre es geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.

## Frei bleiben – ohne EU

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verschafften der Schweiz bis heute die notwendigen Standortvorteile; ein Grund für unseren wirtschaftlichen Erfolg und unseren Wohlstand. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, dürfen wir uns auf keinen Fall durch neue Verträge von der EU fremdbestimmen lassen.



Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf (BE)

«Als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied ist die Schweiz ideal positioniert.»

Im Vergleich zu den EU-Ländern geht es der Schweiz sehr gut. Den Erfolg der vergangenen Jahrzehnte verdanken wir dem Umstand, dass wir als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied immer selber über uns bestimmen durften. Unsere gelebte direkte Demokratie, der Föderalismus und ein ausgeprägter Sinn für persönliche und unternehmerische Freiheit verleihen dem Standort Schweiz seine Einzigartigkeit.

## Selbstbestimmung erhalten

Auf Druck von aussen, aber auch durch politische Opportunisten im eigenen Land wurden in den vergangenen Jahren Standortvorteile, welche die Schweiz für Arbeitsplätze, Investitionen und Innovationen attraktiv machten, abgebaut. Wichtige Qualitäten wie die Privatsphäre, ein flexibler Arbeitsmarkt und ein schlanker Staat werden von Mitte-Links in Frage gestellt und sogar leichtfertig aufgegeben: ein Weg in die falsche Richtung, weil dadurch die Wirtschaft und die Selbstbestimmung im eigenen Land geschwächt werden.

## Eigene Rechte beschnitten

Die wohl verhängnisvollste Entwicklung ist die schleichende Aufgabe unserer rechtlichen und politischen Selbstbestimmung. Wir geben Kompetenzen an internationale Organisationen und Gerichte ab. Dynamische Verträge mit der EU, Konventionen und Richtlinien im Bereich des Europarats, der UNO oder der OECD schwächen unsere direkte Demokratie, also die Selbstbestimmung durch den Souverän, das Volk und die Stände. Die eigenständige Rechtsentwicklung der Schweiz wird immer mehr eingengt.

## Selbstbestimmungsinitiative

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» gibt hier Gegensteuer. Sie sichert der Schweiz auch in Zukunft Entscheidungen durch das Volk und eine rechtliche Selbstbestimmung. Das ist unerlässlich für die Sicherung des Erfolgsmodells Schweiz.

Jetzt unterschreiben!

[www.selbstbestimmungsinitiative.ch](http://www.selbstbestimmungsinitiative.ch)



«Denn hier bestimmen wir!»



## Hansjörg Knecht

- Nationalrat und Ständeratskandidat Kanton AG
- Geschäftsführer und Mitinhaber der Knecht Mühle AG, Leibstadt
- Jahrgang 1960
- wohnhaft in Leibstadt
- verheiratet mit Rita



«In der direkten Schweizer Demokratie ist das Volk der Chef. Das hat sich bewährt. Volksvertreter sind keine Könige, sie sind «Knechte» des Volkes.»

Als Unternehmer weiss Hansjörg Knecht, dass es noch viel Spielraum gibt, den Werkplatz zu entlasten und damit Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Die Knecht Mühle AG – ein unabhängiger Familienbetrieb – ist in der Schweiz eine bedeutende Weizen- und Spezialmühle mit eigener Getreidesammelstelle. Im 24-Stunden-Betrieb werden vollautomatisch erstklassige Mehle für das tägliche Brot von über 300'000 Menschen produziert.

# EU-Politik des Bundesrates mit gezinkten Karten

Welchen Zielen die schweizerische Aussenpolitik zu dienen hat, ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk und dessen Vertreter im National- und Ständerat haben die Aussenpolitik des Bundesrates zu kontrollieren.



Lukas Reimann, Nationalrat, Wil (SG)

Wie sieht heute die aussenpolitische Realität aus? Die Schweiz befindet sich in einer Phase schleichender Preisgabe von Souveränität, Volksrechten und Neutralität. Seit 1992 liegt in Brüssel ein Gesuch um Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur EU. Der Bundesrat hat den EU-Beitritt zum «strategischen Ziel» erklärt. Dieses Ziel der bundesrätlichen EU-Politik wird bewusst verschleiert. Bern ist sogar bereit, die «dynamische Rechtsentwicklung» der EU widerspruchslos zu übernehmen und sich von Brüssel freiwillig einen Kolonialvertrag zur Unter-

schrift diktieren zu lassen. Das sei zwingend und dringend nötig, um den erfolgreichen «bilateralen Weg» weiter beschreiten zu können, wird fabuliert.

**Gesamtpaket mit Sprengstoff...**  
Die SVP unterstützt Verträge mit der EU nur, wenn diese die Interessen der Schweiz wahren und keine

«dynamische» oder «automatische» Übernahme künftigen Rechts beinhalten. Statt der Fixierung auf die EU wäre Weltoffenheit zur Teilnahme der Schweiz an den zukunfts-trächtigen Wachstumsmärkten ohnehin vielversprechender – und diese Märkte entwickeln sich heute hauptsächlich ausserhalb der EU. Ende Juni dieses Jahres verkündete

Aussenminister Didier Burkhalter, der Bundesrat habe nach einer europapolitischen Aussprache beschlossen, zur Umsetzung des Verfassungsauftrags vom 9. Februar 2014 zur Steuerung der Zuwanderung nur noch punktuelle Anpassungen an der EU-Personenfreizügigkeit anzustreben. Das soll in ein Gesamtpaket mitsamt einem insti-

tuitionellen Rahmenabkommen mit der EU verpackt werden.

**Taschenspielertricks statt Klarheit**

Das sind Taschenspielertricks: Das Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Dass der Bundesrat erst nach den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober dieses Jahres die Karten aufdecken will, ist reine Geheimniskrämerei aus wahltaktischen Überlegungen. Die SVP fordert den Bundesrat auf, Stimmbürgerschaft und Parlament zeitgerecht und umfassend über seine aussenpolitischen Absichten zu informieren.

Eine institutionelle Einbindung in die EU liegt nicht im Interesse der Schweiz, sondern ist eine Forderung der EU, um ihre Interessen und ihren Machtanspruch in der Schweiz umfassend durchzusetzen. Ein solcher Vertrag macht unser Land zu einem Satellitenstaat und führt faktisch zum EU-Anschluss. Das wäre die Selbstaufgabe der Schweiz. Die SVP wird alles daransetzen, dass der Bundesrat die Schweiz nicht in die EU führt.



Die Taschenspielertricks des Bundesrates: Das geplante Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

## Rahmenvertrag ist für die Wirtschaft brandgefährlich

Der vom Bundesrat geplante Rahmenvertrag mit der EU zur institutionellen Einbindung der Schweiz birgt enorme Risiken für unsere Wirtschaft. Mit einer dynamischen Übernahme von EU-Recht und der Akzeptanz des EU-Gerichtshofes als oberstes Gremium bei der Auslegung des Rechts wird die inzwischen sozialistisch geprägte Regulierungsflut aus Brüssel ungebremst auf die Schweiz überschwappen. Dies bringt ungeahnte Staatsinterventionen und wirtschaftsfeindliche Bürokratie, in erster Linie zu Lasten unserer Unternehmen.



Jean-François Rime, Nationalrat und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, Bulle (FR)

Das neue Lebensmittelrecht zeigt, in welche Richtung sich diese dynamische Rechtsübernahme jetzt bewegt und noch in verstärktem Mass und auch in allen anderen wirtschaftspolitisch relevanten Bereichen entwickeln wird. Das neue Lebensmittelgesetz löst eine Regulierungswelle mit 29 Verordnungen aus. Mindestens 9 neue Verwaltungsstellen und zusätzliche Millioneninvestitionen im Bereich Informatik allein auf Stufe Bund sind die Konsequenz daraus. Jetzt können wir noch das Schlimmste verhindern und Korrekturen anbringen. Bei einer dynamischen Rechtsübernahme müsste die Schweiz aber zwingend das EU-Recht übernehmen. Die Wirtschaft wäre der Regulierungsflut aus Brüssel ungeschützt ausgeliefert.

Die Branchen werden bevormundet und gegängelt, der Bürokratieapparat weiter aufgebläht. Gleiches gilt allgemein unter den Schlagworten Konsumentenschutz, Umweltschutz oder Prävention. Das Gewerkschaftsrecht würde weiter ausgebaut. Solidarhaftungen, ausufernde Arbeitszeiterfassungspflichten und Ferienregulierungen, neue

Quotenregelungen, Lohndiskriminierungspolizei, die Möglichkeit von Sammelklagen, Unisextarife oder ein ausgedehnter Elternurlaub werden bei einer Anpassung an die EU die Wirtschaft zusätzlich belasten, die Freiheit der Bürger beschneiden, die Steuern in die Höhe treiben und unseren flexiblen Arbeitsmarkt zerstören.



Ein Rahmenvertrag mit der EU würde den Gesetzes- und Regulierungswahnsinn weiter ankurbeln. Dies verursacht nebst hohen Kosten mehr Arbeitslose in der Schweiz.



**Die EU entwickelt sich immer mehr zu einer Umverteilungsmaschine von reichen zu armen Ländern. Deshalb will die EU die wohlhabende Schweiz dabei haben!**

## Die SVP in Kürze

-  Wir zählen rund 90'000 Mitglieder.
-  Wir stehen für eine unabhängige, freiheitliche und neutrale Schweiz ein. Einen EU-Anschluss oder -Beitritt lehnen wir kategorisch ab.
-  Die SVP hat seit den letzten Nationalratswahlen 2011 in 19 von 24 Kantonen die Wahlen gewonnen. Das heisst, sie hat an Wählerstärke zugelegt und / oder zusätzliche Parlamentsmandate erzielen können.
-  Die SVP hat heute 54 Nationalratssitze und 5 Ständeratssitze und hofft, bei den Wahlen vom 18. Oktober 2015 diese Sitze mindestens halten zu können.

Mehr Infos unter: [www.svp.ch](http://www.svp.ch)

## Die SVP-Parteileitung 2014/2015



**TONI BRUNNER**  
Parteipräsident (SG)



**ADRIAN AMSTUTZ**  
Fraktionspräsident (BE)



**NADJA PIEREN**  
Vizepräsidentin (BE)



**OSKAR FREYSINGER**  
Vizepräsident (VS)



**LUZI STAMM**  
Vizepräsident (AG)



**CHRISTOPH BLOCHER**  
Vizepräsident (ZH)



**WALTER FREY**  
Vizepräsident (ZH)



**JUDITH UEBERSAX**  
Vizepräsidentin (SZ)



**CLAUDE-ALAIN VOIBLET**  
Vizepräsident (VD)

## Tradition hat einen Namen: SVP.



## Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus sind die Staatssäulen, die unsere Vorfahren erschaffen und erkämpft haben und die wir verteidigen. Dies im Wissen, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt.

Im Bundesbrief, am Beginn unserer Eidgenossenschaft, gelobten die Gründer unseres Landes ebenso, keine fremden Richter anzuerkennen.

Unsere Bundesverfassung nimmt in der Präambel auf, dass nur frei ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst. In dieser Tradition versprechen die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP gegenüber der Bevölkerung der Schweiz:

Wir wollen

-  keinen Anschluss an die EU und keine Anerkennung fremder Richter, damit wir selber unsere Geschicke bestimmen können;
-  die Zuwanderung begrenzen und keine 10-Millionen-Schweiz, damit wir weiterhin eine lebenswerte und intakte Heimat haben;
-  kriminelle Ausländer ausschaffen und die Missbräuche im Asylwesen bekämpfen, damit wir in Sicherheit leben können;
-  tiefe Steuern für alle und weniger staatliche Regulierungen, um Arbeitsplätze zu sichern.



Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat anlässlich des Wahlauftraktes mit Wahlversprechen in St. Luzisteig (GR) am 22. August 2015.



[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5

**DESHALB AM 18. OKTOBER**  
**SVP WÄHLEN.**

## 2 Fragen an unseren Bundesrat Ueli Maurer:

### Wie schätzen Sie unser Verhältnis zur EU ein?

Es ist durch ein zentrales Missverständnis geprägt: Die EU versteht nicht, dass wir ein eigenständiges, unabhängiges Land bleiben wollen. Sie meint, wir wollen uns in die EU integrieren. Vielleicht machen wir ihr auch nicht immer genügend klar, dass das nicht unser Ziel ist. Sonst würde sie ja jetzt nicht fordern, dass wir uns ihrem Recht und ihren Richtern unterwerfen müssen. Damit würden wir unsere Unabhängigkeit aufgeben und wären faktisch ein Teil der EU.



Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

### Wo orten Sie in der Schweiz den grössten Handlungsbedarf, wenn es um die Sicherheit geht?

Er besteht an zwei Orten: Zum einen bei der inneren Sicherheit; die Kriminalität beeinträchtigt unsere Lebensqualität mittlerweile erheblich. Viele Leute sind verunsichert. Unsere Bürger haben Anspruch darauf, dass sie an Leib, Leben und Eigentum geschützt werden. Hier muss etwas geschehen, unter anderem sind kriminelle Ausländer endlich konsequent auszuschaffen, so wie es das Volk beschlossen hat.

Zum andern müssen wir unsere Armee wieder so ausrüsten, dass sie in ganz verschiedenen Bedrohungssituationen die Sicherheit aufrechterhalten kann. Vergessen wir nicht, dass die Unsicherheit weltweit zunimmt. Staatszerfall im Nahen Osten und der Aufstieg des Islamischen Staates, verschärfte Ost-West-Spannungen und Krieg in der Ukraine, zunehmende islamistische Terrorgefahr...

# SVP bi dä Lüt

Von Chur bis Genf im Gespräch mit den Leuten auf der Strasse und an Messen.



## Von der Bauern- und Gewerbspartei zur heutigen SVP

Die Wurzeln der SVP liegen in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). In Zürich wurde 1917 die Bauernpartei gegründet, in Bern 1918 die Bauern- und Gewerbspartei. Sie schlossen sich 1921 zur BGB zusammen, die ab 1937 als Landespartei bestand. 1929 wurde mit Rudolf Minger, der ein grosser Freund von General Guisan war, erstmals ein Politiker unserer Partei in den Bundesrat gewählt. Wegen seiner volksverbundenen Art gilt Minger noch heute als einer der beliebtesten und bekanntesten Bundesräte der Schweizer Geschichte.

Während des Zweiten Weltkrieges schlug die Stunde von BGB-Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen: Um in einer entbehrungsreichen Zeit die Versorgung unseres Landes mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, entwickelte er den berühmten «Plan Wahlen». In der folgenden «Anbauschlacht» wurden sogar in den Grünanlagen der Städte Kartoffeln, Zuckerrüben und Getreide angepflanzt. So konnte der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von 52 Prozent (1939) auf 72 Prozent (1945) erhöht werden. Im

Jahr 1971 vereinigte sich die BGB mit der Demokratischen Partei der Kantone Glarus und Graubünden zur Schweizerischen Volkspartei (SVP).

1992 bekämpfte die SVP allein gegen die etablierten Kreise einen Beitritt der Schweiz in den EWR. Das Schweizer Stimmvolk folgte ihr und entschied sich für die Unabhängigkeit unseres Landes. Seither hat die Partei ihre Wählerbasis mehr als verdoppelt. Der Wähleranteil der SVP liegt heute national bei 26,6%.



Rudolf Minger und Friedrich Traugott Wahlen – zwei herausragende Bundesräte der BGB/SVP. Adolf Ogi sicherte sich als Bundesrat von 1987 bis 2000 die Herzen der Schweizerinnen und Schweizer mit seinem berühmten Satz «Freude herrscht». Christoph Blocher und Ueli Maurer machten die SVP zur stärksten Partei der Schweiz. Als Bundesräte von 2003 bis 2007 (Christoph Blocher) und seit 2009 (Ueli Maurer) sind und waren sie eine wichtige Stimme für Freiheit und Unabhängigkeit im Bundesrat.

## Ohne uns ...

... wäre die Schweiz Mitglied der Europäischen Union (EU)



... wären die Steuern, Abgaben und Bussen noch höher



... gäbe es noch mehr Missbrauch bei der Sozialhilfe



... würde die Masseneinwanderung unkontrolliert weitergehen



... würde die Ausschaffung krimineller Ausländer nicht einmal thematisiert



... mischte sich der Staat noch mehr ins Familienleben ein



... würden die Autofahrer noch mehr schikaniert



... stünden in der Schweiz immer mehr Minarette



NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN 2015

## Unsere Schwerpunkte:

- ✦ Für die Selbstbestimmung der Schweiz – Nein zum schleichenden EU-Beitritt
- ✦ Für die Umsetzung einer griffigen Ausländer- und Asylpolitik
- ✦ Für tiefe Steuern, Stärkung des Werkplatzes und Sicherung der Arbeitsplätze

Unser Maskottchen: Wachhund Willy  
 Folge Willy im Internet: [www.svp.ch/willy](http://www.svp.ch/willy)  
 Folge Willy auf Facebook: [www.facebook.com/wachhundwilly](http://www.facebook.com/wachhundwilly)



## Interview

# Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin Ems-Chemie



Magdalena Martullo-Blocher am Scuntrada-Markt in Savognin mit Ochse «Elvis»



Magdalena Martullo-Blocher mit einem Ems-Lernenden in der Produktion (Juli 2015)



Magdalena Martullo-Blocher auf dem Werkplatz Domat/Ems

## Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Im Rahmen meiner Führungstätigkeit beim grössten Bündner Unternehmen erlebe ich die nationalen politischen Fehlentwicklungen und deren Auswirkungen auf Unternehmen und Bürger tagtäglich. Unsere aktuelle Bundespolitik leidet unter oberflächlichen Sachkenntnissen und leichtsinnigen Schnellschüssen. Überregulierung und ein ungebremster Staatsausbau belasten uns. Es

«Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet.»

gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet. Typische Beispiele finden sich im Umwelt- und Sicherheitsbereich, aber auch bei der Steuerhoheit oder in den Sozialsystemen.

## Warum kandidieren Sie im Kanton Graubünden?

Als grösste Bündner Unternehmerin bin ich mit dem Kanton und seiner politischen Situation seit über zehn Jahren geschäftlich und privat eng verbunden. So weiss ich aus eigener Erfahrung, wo der Schuh drückt. Für Graubünden als Randkanton ist es nicht einfach, in Bern Gehör zu finden. Das kann ich als Nationalrätin ändern.

## Für was für eine Schweiz setzen Sie sich ein?

Ich setze mich für eine eigenständige und föderalistische Schweiz ein, mit einer leistungsfähigen Wirtschaft, einer produktiven Landwirtschaft und mit Politikern, welche den Mut haben, sich für die Stärken, die Eigenheiten und die Freiheit der Schweiz einzusetzen.

## Wollen Sie nun auch in der Politik in die Fussstapfen Ihres Vaters treten?

Ich sehe mich nicht als seine politische Nachfolgerin. Mein Anliegen ist eine bessere Politik in Bern. Leider ist das trotz jahrzehntelangem, intensivem Engagement meines Vaters immer noch nötig. Gerade auch in Bezug auf die anstehenden Verhandlungen mit der EU, bei denen automatisch EU-Recht übernommen und die Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit vom Bundesrat angestrebt wird. Ein gut besetztes Parlament kann das verhindern.

## Was sind die grössten Herausforderungen für Sie als Exportunternehmerin?

Neben der Gefahr der Übernahme von EU-Recht, sind es die Energiepolitik des Bundes und all die neuen Regulierungen, welche die Handlungsfreiheit von Unternehmern einschränken. Die Beibehaltung der attraktiven Steuerquote. Der Erhalt unseres erfolgreichen dualen Ausbildungssystems mit mehr Gewicht auf den mathematisch-naturwis-

senschaftlichen Fächern, wo die Schweiz auch am meisten Arbeitsplätze in der Exportindustrie hat.

## Wie beurteilen Sie die bilateralen Beziehungen Schweiz-EU?

Die Schweiz und der Wirtschaftsstandort Schweiz fahren ohne EU-Anbindung viel besser, solange sie eigene gute Lösungen finden. Die automatische Übernahme von EU-Recht lässt hier keinen Spielraum. Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich. Das Volk hat die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, wir müssen sie umsetzen, ohne dass die Bilateralen gefährdet sind. Hier gibt es auch Lösungsansätze. Der Bundesrat und die Mehrheit der Parteien wollen sie einfach nicht aufnehmen.

## Die Energiewende ist ein geflügelter Begriff – Ihre Einschätzung?

Ich glaube, der Bundesrat und viele Parlamentarier haben inzwischen realisiert, dass die Energiestrategie 2050, welche die Sonnen-/Windenergie so stark subventioniert, dass nicht einmal mehr die Wasserkraft konkurrenzfähig ist, in der Praxis nicht funktioniert. Sie haben aber nicht die Grösse, das zuzugeben und umzukehren. Inzwischen

«Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein.»

werden für immense Summen Fehlinvestitionen gemacht und die Stromversorgungssicherheit gefährdet. Wir werden diese Fehlstrategie noch lange spüren!

## Sie sind 3-fache Mutter und Unternehmerin – wie bringen Sie das alles unter einen Hut?

Wie immer: Ich versuche mich möglichst gut zu organisieren. Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein. Eine gute Lösung hängt nicht von möglichst ausgefeilten und ausführlichen Paragraphen ab!

«Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich.»

## Magdalena Martullo-Blocher

- ▶ Nationalratskandidatin Graubünden
- ▶ Unternehmerin
- ▶ Chefin Ems-Chemie, Vorstandsmitglied Verband Chemie/Pharma/Biotech
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1969, wohnhaft in Meilen und Lenzerheide



# Autofahrer nicht kriminalisieren

Bisher hat der Autofahrer gezahlt, neuerdings wird er sogar kriminalisiert. Ein eigentlicher Bussenterror und willkürliche Eingriffe ins Privatleben sind die Folgen des Via-sicura-Gesetzespakets. Es braucht Gegensteuer. Die Autofahrer sind über das Geld, das sie in Form von Steuern, Gebühren und Abgaben abliefern, sonst schon wahre Milchkühe.

«Die Autofahrer sind wahre Milchkühe.»

analysen und Blutuntersuchungen zeigen, kein regelmässiger Alkoholkonsum im Spiel ist, ist sie damit für die Behörden als Alkoholikerin abgestempelt. Sie zahlt nicht nur – was selbstverständlich ist – eine Busse und muss den Ausweis für mehrere Monate abgeben, sondern sie erhält auch über Jahre Auflagen, wie sie sich im Alltag zu verhalten hat und wie viel Alkohol sie konsumieren darf. Zudem muss sie regelmässig Haarproben abgeben, um ihr Verhalten kontrollieren zu lassen. Eine Entmündigung sondergleichen.

Oder der junge Gewerbler, der im Stress bei der Ablieferung einer Offerte eine Geschwindigkeitsübertretung begeht, auf einer einsamen, völlig ungefährlichen Strecke. Der Führerausweis ist für Monate weg. Die Geldstrafe beläuft sich auf 20'000 Franken. Seine berufliche Existenz ist in Gefahr.

## Polizei für Verkehrsbussen statt Sicherheit

Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert. Die Zahl der Verkehrstoten beträgt nur noch einen Drittel des Wertes vor 30 Jahren. In der gleichen Zeit haben sich die Verurteilungen nach

Strassenverkehrsgesetz verdreifacht. Die Ausweisentzüge haben sprunghaft zugenommen. Bei den Kantonen sind die Verkehrsbussen heute fix budgetierte Einnahmepos-

«Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert.»

ten, welche durch die Polizei heringeholt werden müssen. Sie belaufen sich auf mittlerweile rund 700 Millionen Franken pro Jahr.

Mit Sicherheit hat dies nichts mehr zu tun. Vielmehr fehlen die Einsatzkräfte für andere Aufgaben.

## Kampf der Willkür

Es kann nicht sein, dass die Autofahrer willkürlich kriminalisiert werden, hohe Bussen erhalten und lange auf ihren Führerausweis verzichten müssen, während Einbrecher und Diebe mit bedingten Geldstrafen davonkommen. Weltfremde Politiker haben dieser Entwicklung mit dem übertriebenen Via-sicura-Gesetzespaket Vorschub geleistet. Die grotesken Auswüchse dieser verunglückten Gesetzgebung sind rasch zu korrigieren und rückgängig zu machen.



Nationalrat Albert Rösti, Ständeratskandidat, Uetendorf (BE)

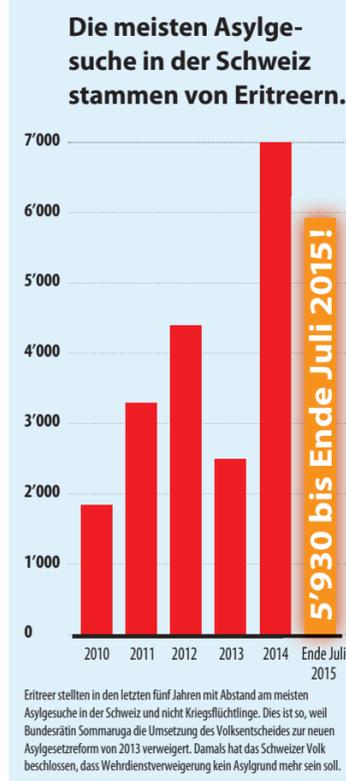
Eine junge Frau trinkt an einem Abend über den Durst und wird auf ihrem Motorradroller angehalten. Die Blutalkoholkonzentration liegt bei 1,6 Promille. Auch wenn die Frau noch nie mit dem Gesetz in Konflikt kam und, wie später Haar-

# Asyl: Unverzüglich handeln!

Die Situation im Asylwesen spitzt sich zu. Immer mehr Illegale und Wirtschaftsmigranten gelangen durch Schlepper in die Schweiz, obwohl sie nicht an Leib und Leben bedroht sind. Die Kosten im Asylbereich explodieren. Die belastenden Folgen in verschiedensten Bereichen tragen die Kantone und Gemeinden. Die einheimische Bevölkerung ist zunehmend verunsichert. Die SVP verlangt vom Departement Sommaruga endlich ein entschiedenes Handeln und die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze.



Für das Jahr 2015 rechnet der Bund mit gegen 30'000 Asylgesuchen. 60% dieser Personen dürfen langfristig in der Schweiz bleiben, obwohl die wenigsten verfolgt werden oder an Leib und Leben bedroht sind.



Heinz Brand,  
Nationalrat,  
Klosters (GR)

Die Schweiz hat eine lange Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind. Diese Asyltradition wird jedoch untergraben, wenn jeder, der in die Schweiz kommt, auch hier bleiben darf, egal ob er Anspruch auf Asyl hat oder einfach ein besseres Leben sucht. Genau das geschieht seit einiger Zeit und führt je länger, je mehr zu Un-

mut, Unfrieden und Spannungen im Land. Über die offenen Grenzen gelangen zunehmend Personen in die Schweiz, welche in erster Linie von den hohen Sozialleistungen, der guten Sicherheitslage und der ausgezeichneten medizinischen Versorgung profitieren möchten.

## Immer mehr Missbräuche

Die Sogwirkung dieser verfehlten Politik ist enorm. Die Folgen sind zunehmend untragbar:

- ▶  $\frac{2}{3}$  aller Asylsuchenden werden als Flüchtlinge anerkannt oder werden vorläufig aufgenommen (2013 war es noch nicht einmal  $\frac{1}{3}$ ).

Dies, obwohl sich die Situation in den wichtigsten Herkunftsländern kaum verändert hat.

- ▶ Die meisten Asylsuchenden stammen aktuell aus Eritrea. Sie kommen also nicht aus Krisen- oder Kriegsgebieten wie beispielsweise Syrien, wie häufig behauptet.
- ▶ Die Schweiz hat in den letzten 30 Jahren im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Gesuche verzeichnet und war damit wesentlich stärker belastet mit

## « 6 Milliarden Franken für die Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie »

Asylsuchenden als die meisten europäischen Staaten.

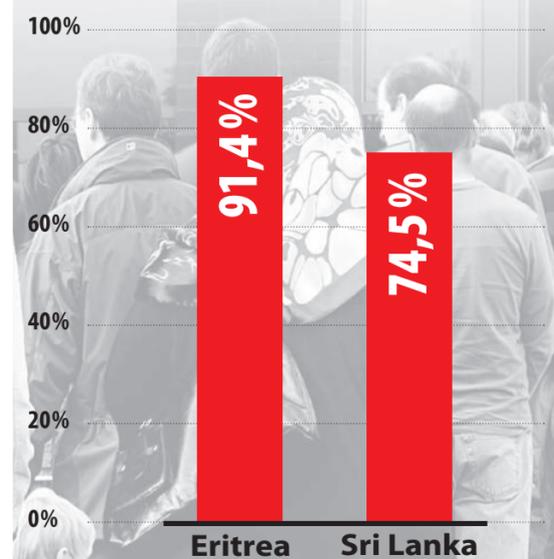
- ▶ Die Kosten der Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie sind inzwischen auf rund 6 Milliarden Franken angewachsen. Allein die Kosten für den Asylbereich auf allen Stufen wird auf mindestens 3 Milliarden Franken geschätzt.
- ▶ Davon sind je länger, je mehr auch die Gemeinden betroffen, welche bereits nach wenigen Jahren die vollen Kosten – insbesondere der Sozialhilfe – zu tragen haben.
- ▶ Es gibt viel zu viele Missbräuche: Während Personen im Asylbereich rund 0,6% der Bevölkerung

ausmachen, wurden im letzten Jahr 4 Prozent aller Verstösse gegen das Strafrecht von ihnen verübt.

## « In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik. »

In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik und gegen die zunehmenden Missbräuche. Mehr SVP im Parlament bedeutet deshalb auch weniger Missbräuche und damit weniger Kosten.

## Sozialhilfequote (erwerbsfähige Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene 2012):



Im Vergleich dazu lag die Sozialhilfequote bei Schweizer Bürgern im Jahr 2013 bei 2,2%.

Quelle: Antwort Bundesrat auf Vorstoss der SVP

## Kommentar

### Seit 25 Jahren kämpft die SVP für eine konsequente Ausländer- und Asylpolitik. Ihre Forderungen sind berechtigt und klar.

Im Asylbereich braucht es dringend ein Moratorium für mindestens ein Jahr. Das heisst: keine neuen Asylanerkennungen und keine neuen vorläufigen Aufnahmen. Um dies zu erreichen, sind die Grenzen wieder eigenständig zu kontrollieren und illegale Einwanderer konsequent abzuhalten. Grundsätzlich muss die geltende Bestimmung endlich angewandt werden: Wer aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz einreist, hat kein Anspruch auf ein Asylverfahren in der Schweiz. Im Gegenzug ist ein Ausbau der Hilfe vor Ort angezeigt. Die Mittel dazu sind im Budget von rund 3 Milliarden Franken pro Jahr für die Entwicklungshilfe vorhanden.

### Zuwanderung begrenzen

Die Zuwanderung ist unverzüglich gemäss der von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» zu steuern und dadurch markant zu senken. Die Instrumente dazu, Kontingentierung und ein Inländervorrang, sind im neuen Verfassungsartikel festgeschrieben. Ebenso sind die Ansprüche auf Sozialleistungen und auf Familiennachzug zu beschränken. Die Vorgaben des Stimmbürgers an den Bundesrat sind klar – nun muss er diese endlich umsetzen.

Yvette Estermann,  
Nationalrätin und  
Ständeratskandidatin,  
Kriens (LU)



# Haben Sie Fragen zu den Wahlen?



**Gratis-Hotline: 0800 002 444**

**Kostenlose kompetente Auskunft!**

Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren. Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da.

**Fragen per Mail: wahlen@svp.ch**

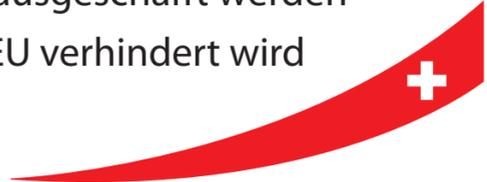
Frei bleiben - SVP wählen!  
www.svp.ch



# SVP ist die einzige Partei...

... die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird



**Darum am 18. Oktober**

**SVP wählen.**

www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5



## Wettbewerb

# Welcome to SVP: Was machen die denn da?



- G Ist am Kuchenbacken
- W Verteidigt das Bankkündengeheimnis



- A Hat seine Traumfrau gefunden und ist hin und weg
- E Nimmt nach einem guten Kirsch auch noch K.o.-Tropfen



- L Teilt Picknick mit seiner Einger Kampfkuh
- S Hat keine Freunde



- O Entspannt sich nach der Arbeit
- C Sieht sich eine Sendung mit Roger de Weck im SRF an



- OM Liest wie immer die WQZ auf dem Klo
- IE Hat den Verlag gewechselt



- ET Hört sich neuen Song Welcome to SVP an
- UN Sammelt alte Radios



- O Wäscht Geld in der Waschmaschine
- D Ist neu Hausmann



- L Macht Werbung für Zahnpasta
- S Staubt als Medizinhistoriker seine Knochengestelle ab



- V Springt als alter Fallschirmgrenadier in den Pool
- I Macht beim Topmodel-Wettbewerb mit



- P Fährt mit Gripen-Kampfflieger Velo
- V Frönt seinem Hobby Modellfliegerbasteln

Die richtige Antwort lautet: \_\_\_\_\_ Kreuzen Sie die korrekten Antworten an, reihen Sie die Buchstaben aneinander und schicken Sie die Lösung ein.

1. Preis: Eine Übernachtung inkl. Nachtessen, für 2 Personen im Haus der Freiheit von Toni Brunner
2. Preis: Ein SVP-Wachhund Willy «Special Edition» mit Nummer
3. Preis: Ein Mittagessen mit Toni Brunner für 2 Personen im Haus der Freiheit, www.hausderfreiheit.ch
4. bis 10. Preis: Eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP

www.welcometosvp.ch

**Jetzt den Song**  
**Welcome to SVP kaufen!**  
 Sende eine SMS mit dem Text "SVP 2015" an die Nummer 900.  
CHF 1.50 wird dir direkt von deiner Handyrechnung abgebucht und der Song automatisch per SMS verschickt.

## Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz ein.

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich unterstütze die SVP und spende \_\_\_\_\_ Franken auf das **PC 30-8828-5**.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich unterstütze die Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative). Bitte schicken Sie mir \_\_\_\_\_ Unterschriftenbogen zu.
- Wettbewerb:** Ich möchte nur am Wettbewerb teilnehmen.
- Bitte senden Sie mir eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP für Fr. 5.– zu.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

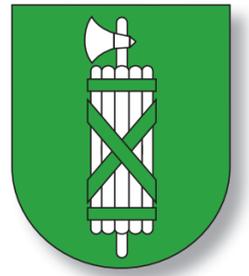
E-Mail \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

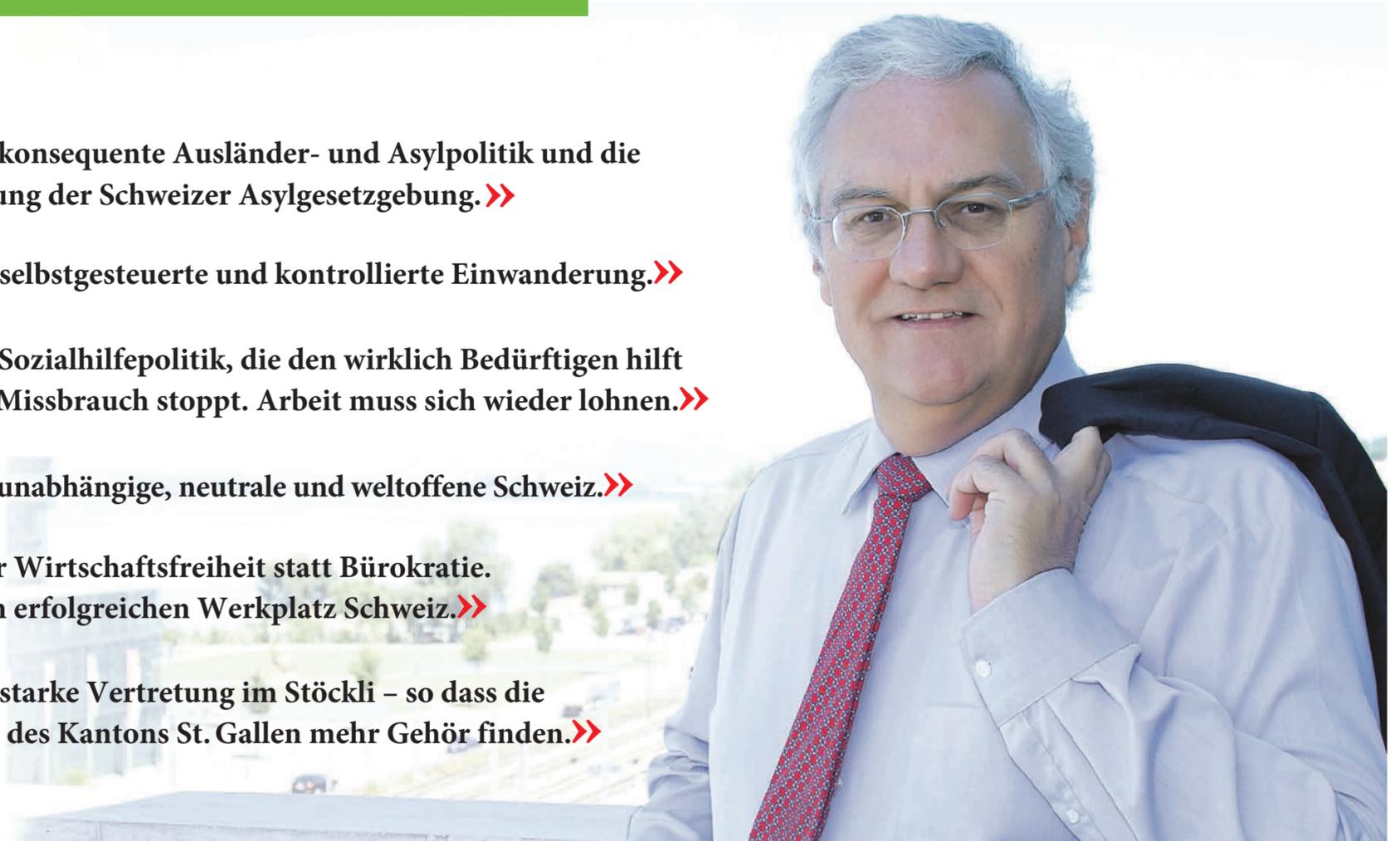
**Ausschneiden und in einem Couvert senden an:**  
 SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59



# Unser bürgerlicher St. Galler Ständerat für Bern Thomas Müller



- « Für eine konsequente Ausländer- und Asylpolitik und die Anwendung der Schweizer Asylgesetzgebung. »
- « Für eine selbstgesteuerte und kontrollierte Einwanderung. »
- « Für eine Sozialhilfepolitik, die den wirklich Bedürftigen hilft und den Missbrauch stoppt. Arbeit muss sich wieder lohnen. »
- « Für eine unabhängige, neutrale und weltoffene Schweiz. »
- « Für mehr Wirtschaftsfreiheit statt Bürokratie. Für einen erfolgreichen Werkplatz Schweiz. »
- « Für eine starke Vertretung im Stöckli – so dass die Anliegen des Kantons St. Gallen mehr Gehör finden. »



Engagiert und initiativ: Unser Ständeratskandidat Thomas Müller



Für eine starke Vertretung im Ständerat: Thomas Müller

## Mit breitem Erfahrungsschatz in den Ständerat:

### Politisch

- 1985 - 1996 Gemeindeparlament Rorschach
- 1992 - 2000 Kantonsrat
- Seit 2003 Stadtpräsident von Rorschach
- Seit 2006 Nationalrat (Mitglied der Finanzkommission, der Kommission für Rechtsfragen, Präsident Begnadigungskommission, Vizepräsident der NEAT-Aufsichtsdelegation und Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Österreichischen Parlament)

### Vereine und Verbände

- 1998 - 2003 Präsident FC St. Gallen (2000 Schweizermeister)
- 1990 - 2004 Präsident TCS Sektion St. Gallen-Appenzell Innerrhoden
- 1990 - 2004 Verwaltungsrat Touring Club Schweiz (TCS)
- 2008 - heute Vorstand Hauseigentümergebiet (HEV) Schweiz und Kanton St. Gallen
- 2004 - heute Vizepräsident St. Gallen-Bodensee-Tourismus
- 2010 - heute Vorstand Region AR-St. Gallen-Bodensee

### Privat

- Verheiratet mit Maureen, Vater von drei erwachsenen Kindern, Rechtsanwalt



Am 18. Oktober 2015:  
**Thomas Müller**  
in den **Ständerat**



Immer am Ball: Thomas Müller

## Zurück zur Vernunft bei der Sozialhilfe!

**Eine Klarstellung: Die SVP will die Sozialhilfe weder abschaffen noch generell kürzen. Aber wir wollen mehr Handlungsfreiheit im Einzelfall und damit vor allem mehr Fairness und keine Zuwanderung in die Sozialhilfe.**



Nationalrat / Ständeratskandidat  
Thomas Müller /  
Stadtpräsident Rorschach

Solidarität ist keine Einbahnstrasse. Sie gibt zum einen Anspruch auf Hilfe in Notlagen. Sie ist aber auch Verpflichtung, anderen nicht über Gebühr zur Last zu fallen.

### Anspruchskatalog abschaffen

Die SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) hat eigenmächtig festgelegt, dass sich die Ansätze der Sozialhilfe an den letzten 10% der Schweizer Einkommensstatistik orientieren. In dieser Bevölkerungsgruppe herrscht nicht einfach Armut. Es sind Menschen, die täglich einer Arbeit nachgehen und sich zurecht ein Auto, moderne Elektronikgeräte, Ferien und anderes leisten. Mit dem über 100-seitigen SKOS-Anspruchskatalog kommen Sozialhilfebeziehende ohne Arbeit (und steuerfrei!) teilweise auf höhere Einkommen als Ein- und Doppelverdienerhaushalte in dieser Einkommensklasse. Das ist schlicht unfair.

Ebenso unfair ist, dass heute eine alleinerziehende Mutter oder ein 60-jähriger Mann, der kurz vor der Pensionierung seine Stelle verloren hat, nach den glei-

chen Ansätzen Sozialhilfe bekommen wie ein 25-Jähriger oder eine 40-Jährige, die nicht arbeiten wollen.

Dem SKOS-Anspruchskatalog ist die Verbindlichkeit zu nehmen. Die Gemeinden müssen mehr Handlungsfreiheit im Einzelfall bekommen.

### Zuwanderung in Sozialhilfe stoppen

Direkte Zuwanderung in die Sozialhilfe findet noch immer statt, vor allem über den Familiennachzug und Gefälligkeits-Arbeitsverträge, die kurz nach der Einreise aufgelöst werden und in der Sozialhilfe enden. Die Jeder-kann-kommen-Politik hat ganz direkte Auswirkungen auf die Sozialhilfe: im Jahre 2013 waren 46,7% der Sozialhilfebeziehenden Ausländer – bei einem Ausländeranteil von 23,8% an der Gesamtbevölkerung.

Die Einwanderung über das Asylverfahren verschärft die Situation zusätzlich und monatlich. Der Bund bezahlt längstens die ersten 7 Jahre. Danach fällt der grösste Teil der Aufgenommenen der Sozialhilfe in den Gemeinden zur Last. Der Anreiz, mittellos in die Schweiz zu kommen, ist durch griffige und einschränkende Regelung der Sozialhilfe für Ausländer zu stoppen.

### Sozialindustrie begrenzen

In der Sozialhilfe bestimmen bisher vor allem Leute, die beruflich davon leben. Sie haben kein Interesse an Veränderungen. Die Sozialhilfekosten haben sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Die Sozialindustrie ist ein Kostentreiber. Die Zahl der Beschäftigten im Sozialbereich (ohne Heime) hat in den letzten 20 Jahren um 106% zugenommen.

Mehr Informationen zur geplanten Volksinitiative:

[www.svp-sg.ch/Sozialhilfeinitiative](http://www.svp-sg.ch/Sozialhilfeinitiative)

## Sozialhilfe als Überbrückung statt als Einkommensersatz

**Mit einer Volksinitiative soll eine grundlegende Reform der Sozialhilfe veranlasst werden. Die Leistungen sollen differenzierter ausgestaltet werden, bei gleichzeitiger Straffung des SKOS-Zulagenkatalogs.**

Die Sozialhilfe ist in der ganzen Schweiz zu einem hoch aktuellen politischen Thema geworden. Steigende Kosten und Fallzahlen, sowie spektakuläre Fälle von Missbräuchen führten dazu, dass in der Bevölkerung Unmut darüber herrscht, dass die Sozialhilfe praktisch ein Einkommensersatz geworden ist und von einem Teil der Bezüger schamlos ausgenutzt wird.

### Mittels Volksinitiative aktiv die Zukunft gestalten

Genau gegen solche Missbräuche habe ich und werde ich mich auch in Zukunft einsetzen. Aufgrund des öffentlichen Drucks will die SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) zwar einige Minireformen umsetzen, die grundlegenden Probleme bestehen aber weiterhin. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, die kantonale Volksinitiative für eine gerechte Sozialhilfe zu lancieren. Die Eckpunkte der Initiative sind die folgenden:

#### 1. Arbeit muss sich wieder lohnen

Die SKOS-Richtlinien beinhalten neben dem Grundbedarf eine grosse Anzahl von Zusatzleistungen, die in der Summe nicht beschränkt sind. Dazu gehören Integrations- und zahlreiche andere individuelle Zulagen, was dazu führt, dass der Gesamtbetrag der finanziellen Sozialhilfe insbesondere für Grossfamilien, einem Einkommensersatz gleichkommt.

Das entspricht allerdings nicht mehr dem ursprünglichen Zweck der Sozialhilfe, die als Überbrückungshilfe gedacht war. Mit unserer Volksinitiative sollen Schwelleneffekte, die dazu führen können, dass es attraktiver



ist, Sozialhilfe zu beziehen als zu arbeiten, vermieden werden und die Priorität soll von der finanziellen Unterstützung auf die Eingliederung in den Arbeitsprozess gelegt werden. Die Anreize zu einer Ausbildung sollen für jene Sozialhilfebezüger verstärkt werden, die lediglich die obligatorische Schulzeit absolviert haben. Das betrifft insbesondere Jugendliche und Ausländer.

#### 2. Differenzierte Leistungen

Für junge Erwachsene, die Mühe bekunden zu arbeiten, kann die Sozialhilfe bis zur Nothilfe degressiv ausgestaltet werden, für ältere ausgesteuerte Arbeitslose trägt sie ihrem früheren Erwerbseinkommen Rechnung. Für zugewanderte Ausländer wird das Anrecht auf Sozialhilfe an eine vorhergehende Mindestdauer der Erwerbstätigkeit in der Schweiz geknüpft. Der Wildwuchs an Zulagen soll eingeschränkt, die Sanktionsmöglichkeiten verschärft und die Rechtsmittelverfahren verkürzt werden.

#### 3. Autonomie für Kanton und Gemeinden

Der Kanton St. Gallen handelt autonom gegenüber den anderen Kantonen und dem Bund. Auch die Autonomie der Gemeinden muss respektiert werden und es sind diese, welche die finanziellen Leistungen festlegen und die finanzielle Spanne definieren und nicht irgendwelche übergeordneten Gremien oder Verbände.

Die Delegiertenversammlung der SVP St. Gallen hat im Mai den Grundsatzentscheid zur Volksinitiative getroffen. Innerhalb von fünf Monaten müssen 4000 Unterschriften von St.Galler Stimmberechtigten gesammelt werden. Der Beginn der Unterschriftensammlung ist für den Herbst vorgesehen. Mitmachen zählt sich aus.



Nationalratskandidat  
Mike Egger / Kantonsrat  
Präsident JSVP / Berneck

## Missbrauch unbeirrt bekämpfen

**Die Sozialhilfe muss als letztes Auffangnetz verstanden werden; als Überbrückungshilfe und als Hilfe zur Selbsthilfe. Ziel muss es sein, die Betroffenen wieder einzugliedern. Das heutige System hat in vielen Fällen mit dem ursprünglichen Auffangnetz nichts mehr zu tun, viel eher mit einer Hängematte und einem Selbstbedienungsladen.**



«Wir alle wissen, dass es in der Sozialhilfe falsch läuft. Höchste Zeit also, dass wir handeln.»

Nationalratskandidat  
Kantons- und Gemeinderat  
Christof Hartmann / Walenstadt

In den letzten Jahren ist der Sozialstaat zur regelrechten Industrie gekommen und hat seine ursprüngliche Funktion verloren. Das Resultat kennen wir alle. Die Explosion der Kosten – Verdoppelung in den letzten 10 Jahren – und ein Ende ist mit den heutigen Gesetzen nicht in Sicht. Die Pro-

fessionalisierung in diesem Bereich heizt die Tendenz zusätzlich an.

Neuester Trend ist die Einwanderung in unseren Sozialstaat. Sogenannte «Flüchtlinge» kommen in die Schweiz und landen in der Sozialhilfe. Teile dieser Gelder fliessen dann zurück in die

Heimatländer und die nächsten «Flüchtlinge» wandern ein.

Die SVP des Kantons St. Gallen lanciert die Volksinitiative Gerechte Sozialhilfe. Ziel dieser Initiative ist es, für unseren Kanton St. Gallen ein Sozialhilfegesetz auszuarbeiten, das Fehlanreize ausschliesst und mit dem Missbräuche konsequent bekämpft werden. Ein Sozialhilfegesetz, das die Hilfe zur Selbsthilfe und die Wiedereingliederung ins Zentrum stellt. Ein Sozialhilfegesetz, das den wirklich Bedürftigen hilft und ihnen eine würdige Hilfe ermöglicht. Wir alle wissen, dass es in der Sozialhilfe falsch läuft. Höchste Zeit, dass wir handeln!

**Sozialwerke sichern – Missbräuche bekämpfen.**

**SVP wählen.**

[www.svp-sg.ch](http://www.svp-sg.ch)



## Italien winkt durch, Schweiz lässt rein

Das Chaos im Asylwesen und die Attraktivität der Schweiz für Scheinflüchtlinge führen zu immer mehr Asylgesuchen. Was ist zu tun? Die Anreize sind zu kappen und die Asylgesetze rigoros anzuwenden.



Nationalrat  
Roland Rino Büchel / Oberriet

Wer Migranten motiviert, nach Europa zu kommen, treibt sie zuerst in die Hände von skrupellosen Schlepperbanden und dann in die mittel- und nordeuropäischen Länder – oft auch in die Schweiz. Was ist die Folge, wenn wir bei uns immer mehr Flüchtlinge aufnehmen? Erstens: Noch mehr Leute werden auf den Weg gelockt. Zweitens: Viele Scheinasylanten landen in den hiesigen Empfangszentren – und fallen danach den Gemeinden zur Last.

### Gesetze rigoros anwenden

Was ist zu tun? Erstens: Die Anreize für die Reisen sind zu kappen. Zweitens: Schlepperboote müssen möglichst nahe an der afrikanischen Küste angehalten und zurückgeführt werden. Drittens: Die Gesetze sind rigoros anzuwenden. Viertens: Die wirklich politisch Verfolgten, welche nach Europa gebracht werden, sind nach einem klaren Schlüssel auf die einzelnen Staaten zu verteilen. Wer, wie die Schweiz, schon überproportional viele Asylsuchende aufgenommen hat, muss entlastet werden.

### Verantwortung übernehmen

Realitätsferne politische Ideen mit einer planlosen Aufnahme von weiteren Menschenmassen helfen niemandem etwas. Und es geht nicht an, dass sich

zahlreiche EU-Länder aus der Verantwortung stehlen.

### Süden versus Norden

Wie läuft es im Süden? Die italienischen Behörden geben unumwunden zu, dass sie im letzten Jahr bei 170'000 Ankömmlingen nur die Fingerabdrücke von rund 70'000 Personen genommen haben. Die andern 100'000 stellen ihren Asylantrag in irgendeinem EU-Land – und, zu häufig, auch in der Schweiz. Weil sie dort gar nie registriert wurden, können die Leute trotz vertraglicher Abmachungen nicht nach Italien zurückgeschickt werden. Wie läuft es im Norden? Länder wie Österreich, Polen, Ungarn, England, Dänemark usw. machen entweder ihre Grenzen dicht oder sie tun fast alles dafür, um für Flüchtlinge unattraktiv zu sein. Nichts von EU-Solidarität! Weder freiwillig noch per Vertrag.

### «Die SVP leistet Widerstand gegen die verfehlte Asylpolitik.»

Und mittendrin ist die Schweiz mit der naiven Flüchtlingspolitik und den vielen Profiteuren. Weil oben geschlampt wird, müssen die Probleme unten ausgebadet werden. Weil Bundesrätin Sommaruga das Problem nicht im Griff hat, werden neue Empfangszentren (wie dasjenige in Altstätten) gebaut. Weil Asylgesetze und Volksinitiativen nicht richtig umgesetzt werden, haben wir fast unüberwindbare Probleme in den Gemeinden.

Die SVP leistet Widerstand gegen die verfehlte Asylpolitik und kämpft konsequent für Lösungen. Seit Jahren und auf allen Ebenen. Vielfach sind wir allein auf weiter Flur. Leider.

## Asylwesen: Es braucht sofortige Korrekturen!

Statt zu lamentieren, braucht es wirksame Lösungen. Die Rezepte wären vorhanden. Die Attraktivität der Schweiz als Asylhochburg ist unmissverständlich zu senken. Menschen, die unseren Schutz benötigen, sollen diesen auch erhalten. Aber mit dem Asylmissbrauch muss endlich Schluss sein. Darunter leiden neben der Schweizer Bevölkerung auch die wirklich verfolgten Flüchtlinge.

Von Altstätten über Amden bis nach Uzwil: Im ganzen Kanton wird über die Unterbringung und über die Kosten von Asylsuchenden heftig diskutiert. Die Gemeinden und die Steuerzahler müssen die katastrophale Asylpolitik von Bundesrätin Simonetta Sommaruga ausbaden. Die Gesuchszahlen explodieren, die Kriminalität nimmt zu und die Kosten steigen um Millionen. Der Unmut in der Bevölkerung wird immer stärker. In Afrika leben etwas mehr als 1,1 Milliarden Menschen. Die Schweiz kann nicht alle Probleme dieser Welt lösen. Und erst recht nicht alle Asylanten dieser Welt aufnehmen.

Warum ist die Schweiz im internationalen Vergleich so attraktiv für Asylanten? Wie kann es sein, dass der kosovarische Top-Politiker Acem Sylja in der Schweiz Hunderttausende Franken IV- und Sozialhilfegelder kassiert und nun noch dreist die Schweiz verklagt, weil ihm die Zahlungen wegen Betrug eingestellt worden sind? Warum kommen so viele falsche Asylanten? Dabei werden nur zwei von 10 Asylsuchenden aufgenommen. Hohe Asylzahlen weisen etwa Eritrea, Tunesien und Nigeria aus. «Jedes Dorf in Eritrea weiss, wie viel Sozialhilfe hier ausbezahlt wird», sagt Toni Locher, Präsident des Schweizerischen Unterstützungskomitees für Eritrea. Bei den Tunesiern kommt die Grosszahl über sichere Drittstaaten – insbesondere Italien – in die Schweiz. Nach dem Dublin-Abkommen müsste Italien diese Personen wieder zurücknehmen. Doch die Italiener führen Tunesier lieber rasch in die Schweiz. Ohne Grenzkontrollen kein Problem. Von Nigeria ist bekannt, dass Drogenringe junge Männer anwer-



ben und in die Schweiz schleusen. Hier angekommen, nutzen sie deren Abhängigkeit aus und zwingen sie dazu, Drogen zu verkaufen.

Erstaunt fragen sich viele: Wie konnte es überhaupt so weit kommen? Es gibt bei den Linken viel zu viele, die sich zwar Schweizer Politiker nennen, in Wirklichkeit aber nur die Interessen der Nicht-Schweizer vertreten. Und es gibt die, welche jeweils vor den Wahlen Volksnähe entdecken, nur um es danach wieder zu vergessen. Nicht so die SVP: Wir stehen gradlinig und konsequent für die Interessen der Schweiz ein – vor und nach den Wahlen.

Bundesrätin Sommarugas neue Gesetzesvorlage verstärkt die Fehlanreize und die bestehenden Probleme. Personen mit abgelehnten Gesuchen werden meist als „vorläufig Aufgenommene“ für immer in der Schweiz bleiben. Jene, die zurückgeschickt werden könnten und müssten, werden ebenfalls nur sel-

ten effektiv ausgewiesen, da der Vollzug völlig vernachlässigt wird.

Anstatt die von der Bevölkerung beschlossene Asylgesetzänderungen (kein Asyl für Wehrdienstverweigerer aus Eritrea und besondere Zentren für renitenten Asylsuchende) umzusetzen, will Bundesrätin Sommaruga lieber allen Asylsuchenden einen Gratisanwalt zur Verfügung stellen, was die Verfahrenskosten und die Attraktivität, in der Schweiz ein Gesuch zu stellen, einmal mehr erhöht. Ausbaden müssen diese verfehlte Politik am Schluss die Kantone, Gemeinden und schliesslich die Schweizer Steuerzahler. Anstatt wirkungsloser Gesetzesänderungen braucht es eine konsequente Umsetzung des Asylgesetzes und systematische Grenzkontrollen zur Schliessung der Grenzen für illegal Einreisende.



Nationalrat  
Lukas Reinmann  
Präsident AUNS / Wil

## Asylsystem vor Ort aufbauen

Vor dem Asyl-Kollaps: Die Schweiz muss ihre Grenzen wieder kontrollieren und ein Asylsystem in Drittstaaten vor Ort entwickeln.



### «Die drei Milliarden Franken Schweizer Entwicklungshilfe müssen an die entsprechende Kooperation geknüpft werden.»

Barbara Keller-Inhelder  
Kantonsrätin / Vizepräsidentin SVP SG / Rapperswil-Jona

Gemäss UNHCR sind 51 Millionen Personen auf der Flucht, bzw. auf der Suche nach besseren Verhältnissen. Immer mehr Leute setzen sich in Bewegung, das Schlepper-Business gedeiht, Schlepper verlangen horrend Preise, welche offensichtlich bezahlt werden können.

Ins Schweizer Sozialsystem strömen unaufhörlich Asylsuchende, derzeit insbesondere aus Eritrea. Unter Bundesrätin Sommaruga erhält ein hoher Prozentsatz einen positiven Asylent-

scheid oder wird «vorläufig aufgenommen», was in ca. 80 Prozent eine reguläre Aufenthaltsbewilligung zur Folge hat. Es folgt ein ausgedehnter Familiennachzug, anschliessend folgen Braut und Bräutigam aus den Herkunftsländern und dann wiederum ein ausgedehnter Familiennachzug eben dieser Brautleute. Die Allermeisten entsprechen nicht ansatzweise den hochgeschraubten Anforderungen für unsere Arbeitsstellen und landen direkt in unserem Sozialsystem.

So lange, bis unsere sozialen Institutionen unter der hohen Last kollabieren.

Die Schweiz muss, wie Frankreich und Österreich, ihre Grenzen wieder kontrollieren und Asylsuchende müssen in Zukunft vor Ort, beziehungsweise in Drittländern ihrer Herkunftsregion, unterstützt, medizinisch versorgt, ernährt und sinnvoll ausgebildet werden, so dass sie dereinst eine Zukunft in ihren Herkunftsländern aufbauen können. Die drei Milliarden Franken Schweizer Entwicklungshilfe müssen an die entsprechende Kooperation geknüpft werden. Die Milliarden von Franken, welche bisher in der Schweiz für das Asylwesen ausgegeben werden, können in den Herkunftsregionen ein Vielfaches von Menschen unterstützen, und die Schweiz kann so vor dem Kollaps bewahrt werden.

# Zuwanderung begrenzen.

## SVP wählen.

www.svp-sg.ch



## Steuererhöhungen sind wirtschaftsfeindlich

Eine Beschränkung des Pendlerabzugs ist für mich als Unternehmer eine weitere Hürde zur Rekrutierung guter Mitarbeiter. Diese indirekte Steuererhöhung trifft den Mittelstand und hemmt das Wirtschaftswachstum.



Nationalratskandidat  
Paul Scheiwiler / Waldkirch

Als Inhaber und Geschäftsführer der Dirim AG mit Sitz in Hauptwil ist die Beschränkung des Pendlerabzugs eine weitere Hürde, um gute Mitarbeitende zu gewinnen. Der gekürzte Pendlerabzug bedeutet doch nichts anderes, als dass die Mitarbeitenden ab dem nächsten Jahr ihre effektiven Kosten, welche sie für den Arbeitsweg ausgeben, nicht mehr vollumfänglich bei den Steuern in Abzug bringen können. Damit müssen Mitarbeitende, die von etwas weiter her oder aus Wohnorten, wo es keine guten Verbindungen mit dem öffentlichen Verkehr zu unserem Standort gibt, letztlich höhere Steuern bezahlen. Ein klarer Standortnachteil bei der Rekrutierung von Mitarbeitenden für Betriebe, die nicht in einem grossen Zentrum ihren Sitz haben.

### Arbeitnehmende sind bereits genug gefordert

An der Beschränkung des Pendlerabzugs stört mich jedoch insbesondere, dass hier erneut der Mittelstand resp. die arbeitende Bevölkerung zur Kasse gebeten wird. Viele Arbeitnehmende in der Schweiz sind im Moment schon stark gefordert – sei dies wegen längeren Arbeitszeiten oder dem Druck aufgrund der Zuwanderung aus dem EU-Raum. Auch wir Unternehmer

sind gefordert und sind für motivierte, gut ausgebildete Mitarbeitende dankbar.

### Wirtschaftsstandort stärken anstatt Steuern zu erhöhen

Der Kanton St. Gallen hat die Beschränkung des Pendlerabzugs im Rahmen eines Sparpaketes beschlossen. Steuererhöhungen sind nach meiner Meinung doch keine Sparmassnahme! Um die Kantonsfinanzen wieder ins Lot zu bringen, sollten neben Abbau von Bürokratie auch die Ausgaben stärker beachtet werden. Um unseren Wirtschaftsstandort zu stärken, müssen Regulierungen, Statistiken und Abgaben abgebaut werden. Die Unternehmen sollten in ihrem gesunden, nachhaltigen Wachstum vom Staat unterstützt und nicht ständig behindert werden.

### Steuererhöhung ist schädlich

Denn geht es den Unternehmungen und der Wirtschaft gut, werden gute Löhne bezahlt, was sich wiederum auf die Steuerkraft der Bürgerinnen und Bürger auswirkt. Steuererhöhungen hingegen bedeuten, dass die Bürgerinnen und Bürger über weniger Geld verfügen, das sie für den Konsum und für Investitionen ausgeben können. Dies wiederum hemmt das Wirtschaftswachstum und schadet der Wirtschaft.

Mehr Informationen zur Abstimmung vom 15. November 2015:  
[www.pendlerabzug.ch](http://www.pendlerabzug.ch)

**NEIN** zur Beschränkung des Pendlerabzugs

## Nein zur Beschränkung des Pendlerabzugs

Der Kantonsrat hat beschlossen, den Pendlerabzug nächstes Jahr auf 3655 Franken zu beschränken. Dagegen hat ein überparteiliches Komitee unter der Federführung der SVP erfolgreich das Referendum ergriffen.

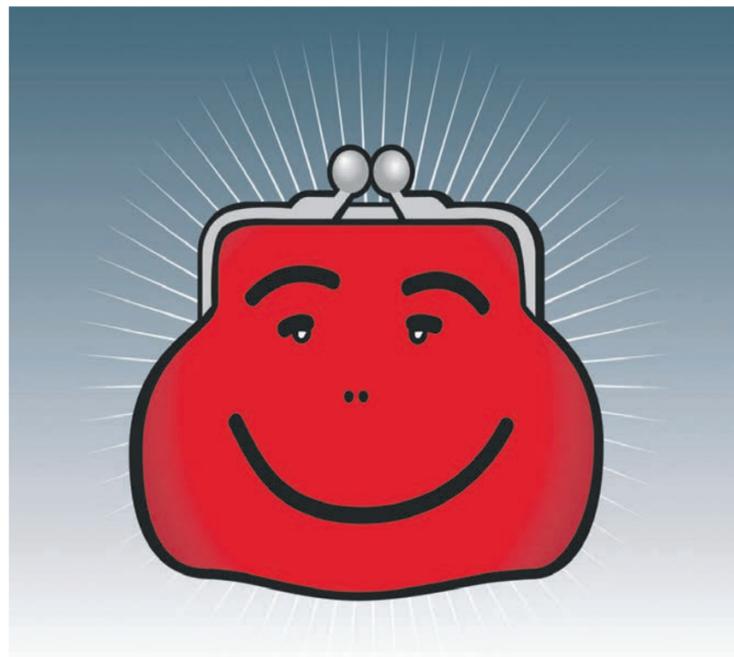
Im Kanton St. Gallen sind viele Arbeitnehmer für ihren Arbeitsweg auf das Auto angewiesen, denn aufgrund der ländlichen Strukturen kann der öffentliche Verkehr nicht wie in den städtischen Gebieten mit flächendeckenden Angeboten auch in den Randstunden aufwarten.

### Randregionen nicht schwächen

Den Pendlerabzug zu beschränken kommt einer Schwächung der strukturschwachen Regionen wie beispielsweise dem Toggenburg gleich, die schon heute einen Bevölkerungsrückgang verzeichnen. Hoch qualifizierte Arbeitsplätze sind rar und darum kann es nicht sein, dass man diejenigen Personen durch steuerliche Massnahmen bestraft, die in den Randregionen wohnen möchten, gleichzeitig aber bereit sind, auch längere Arbeitswege auf sich zu nehmen. Den Pendlerabzug zu beschränken verstärkt die Tendenz zur Entvölkerung der Berggebiete und erhöht gleichzeitig den Siedlungsdruck in den Agglomerations-

### Umerziehungsmassnahmen unerwünscht

Die Beschränkung des Pendlerabzugs ist eine verkappte Systemänderung bei den Steuern. Die Fahrauslagen für den Arbeitsweg sind Kosten, die anfallen, damit ein Einkommen erzielt werden kann. Die Kürzung oder Beschränkung solcher Abzüge verletzt den Grundsatz der Rechtsgleichheit unter den Steuerpflichtigen, denn bestimmte Kategorien von Steuerpflichtigen müssen einen Teil ihrer Berufskosten selber tragen, während ihn andere vollständig abziehen können. Wird die Beschränkung des Pendlerabzugs in der Volksabstimmung angenommen, öffnet das Tür und Tor für die Beschränkung von anderen Abzügen, welche die Steuerpflichtigen heute noch



Der Staat darf den Bürgern nicht ständig mehr Geld aus der Tasche ziehen.

tätigen können. Der Staat ist ständig auf der Suche nach neuen Einnahmequellen. Ausserdem ist die Beschränkung des Pendlerabzugs eine Umerziehungsmassnahme des Staates. Die Berufspendler sollen auf den öffentlichen Verkehr umgeleitet werden und der Individualverkehr durch finanzielle Massnahmen eingeschränkt werden. Zudem soll so der öV einseitig bevorzugt werden. Der öffentliche und der Individualverkehr sollen sich gegenseitig ergänzen, nicht gegeneinander ausgespielt werden. Abgesehen davon hat der öffentliche Verkehr gar nicht die Kapazitäten, um all diejenigen, die heute mit dem Auto zur Arbeit fahren, zu transportieren.

**Versteckte Steuererhöhung**  
Den Pendlerabzug zu beschränken be-

deutet für die Betroffenen, dass sie mehr Steuern bezahlen müssen.

Das trifft all jene, die pro Tag für einen Arbeitsweg mit dem Auto von mehr als 11,3 Kilometer zurücklegen.

Insgesamt werden über 60'000 Personen mehr Steuern bezahlen müssen, was dem Kanton und den Gemeinden die Mehreinnahmen von jährlich rund 30 Millionen Franken beschert wird.

Legen Sie daher am 15. November 2015 ein Nein in die Urne.



Nationalratskandidat  
Linus Thalman  
Kantonsrat / Kirchberg

## Sparen anstatt Steuern erhöhen

«Bi de Lüüt» bedeutet für die SVP, mit dem Volk die richtigen Weichen zu stellen und Fehler zu korrigieren, so auch bei der Beschränkung des Pendlerabzugs.



«Ich bin solidarisch und setze mich für ein deutliches Nein am 15. November 2015 ein!»

Roman Rauper / Nationalratskandidat / Gams

Ich setze mich vehement für ein Nein ein, denn eine Beschränkung des Pendlerabzugs

- trifft viele Mitarbeiter mit tiefem Lohnniveau und unregelmässigen Arbeitszeiten. So zum Beispiel Schichtmitarbeiter, Pflegepersonal, Reinigungskräfte, etc., die am Morgen oder spät in der Nacht nicht mit dem öV zur Arbeit oder nach Hause kommen.
- widerspricht der Systematik, da Arbeitnehmer effektive Be-

rufsausgaben nicht abziehen können.

- schafft einmal mehr ungleich lange Spiesse zwischen Stadt und Land und schwächt die Bevölkerung in strukturschwachen ländlichen Regionen und Bergregionen noch mehr.
- schießt an der Realität des 21. Jahrhunderts vorbei, ist ein Arbeitsplatz nicht mehr für 20 Jahre sicher! Von einem Arbeitnehmer wird heute hohe Flexibilität be-

treffend Arbeitsort und Arbeitszeiten gefordert.

- trifft Familien stärker als Singles, ist ein Umzug in die Nähe eines neuen Arbeitgebers nicht nur komplexer, sondern auch mit einem Schulwechsel der Kinder, etc. verbunden.
- zerstört unseren Zusammenhalt und verlangt vom Mitarbeiter seinen Arbeitgeber höher zu gewichten als seine Gemeinde/Wurzeln/Freundeskreis.

Zudem missfällt mir die Beschränkung des Pendlerabzugs, weil die Regierung versucht, die Kantonsfinanzen mit einer weiteren Steuererhöhung auf Kosten der Bevölkerung aufzubessern, anstatt mit Effizienzsteigerung oder effektiven Sparmassnahmen zu brillieren.

Mehr dem  
Mittelstand.  
Weniger dem Staat.

SVP wählen.

[www.svp-sg.ch](http://www.svp-sg.ch)

Liste

8

SCHWEIZER  
QUALITÄT  
SVP  
Die Partei des Mittelstandes

# Für den Kanton St. Gallen wieder in den Nationalrat



## Toni Brunner (bisher)

- ✚ Beruf: Landwirt
- ✚ Funktion: Nationalrat (u. a. Kommission Umwelt Raumplanung und Energie), Präsident SVP Schweiz
- ✚ Wohnort: Ebnet-Kappel
- ✚ Jahrgang: 1974
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbies: Sport, Geselligkeit, Zwicken

«Ich setze mich für Freiheit und Selbstbestimmung ein. Dazu gehören der Erhalt unserer Volksrechte, die Neutralität, der Föderalismus und das Milizsystem. Der Staat darf nicht auf Kosten der Privatwirtschaft immer mehr wachsen.»



## Lukas Reimann (bisher)

- ✚ Beruf: Jurist MLaw, Mitarbeiter Anwaltskanzlei
- ✚ Funktion: Nationalrat (u. a. Kommission für Rechtsfragen), Präsident AUNS
- ✚ Wohnort: Wil SG
- ✚ Jahrgang: 1982
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbies: Jassen, Wandern, Sport

«Jetzt erst recht: Wir brauchen einen Richtungswechsel für und mit dem Volk statt ohne und gegen das Volk! Demokratische Volksentscheide sind ohne Wenn und Aber umzusetzen. Die Freiheit und Unabhängigkeit sind zu stärken, ein EU-Anschluss zu verhindern!»



## Thomas Müller (bisher)

- ✚ Beruf: Stadtpräsident Rorschach, Rechtsanwalt
- ✚ Funktion: Nationalrat (u. a. Finanzkommission und Kommission für Rechtsfragen)
- ✚ Wohnort: Rorschach
- ✚ Jahrgang: 1952
- ✚ Zivilstand: verheiratet, 3 erwachsene Kinder
- ✚ Hobbies: Reisen

«Als Stadtpräsident von Rorschach weiss ich: Der Missbrauch und die ausufernde Sozialindustrie müssen endlich gestoppt werden. Arbeit muss sich wieder lohnen. Ich setze mich für ein Sozialhilfesystem ein, das den wirklich Bedürftigen hilft!»



## Roland Rino Büchel (bisher)

- ✚ Beruf: Sportmanager, Kleinunternehmer
- ✚ Funktion: Nationalrat (u. a. Kommission für Aussenbeziehungen)
- ✚ Wohnort: Oberriet
- ✚ Jahrgang: 1965
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbies: Sport, Politik, Fremdsprachen

«Wer Büchel wieder wählt, erhält einen Präsidenten der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, der sich an vorderster Front für die Freiheit und die Unabhängigkeit der Schweiz einsetzt: Für die Sache. Für die Schweiz. Für St. Gallen. Für Sie.»

## Wir kämpfen für Sie!

Unabhängig und frei – so wollen wir die Schweiz. Doch diese tragenden Säulen unseres Landes sind zunehmend in Gefahr.

Bundesbern lässt immer mehr Wirtschaftsmigranten über die Asylschiene in die Schweiz. Das ist falsch.

Bundesbern nimmt Achselzuckend zur Kenntnis, dass wir in der Schweiz bald 10 Millionen Einwohner haben. Das ist falsch.

Bundesbern verhandelt mit Brüssel über ein Rahmenabkommen, sozusagen einen schleichenden EU-Beitritt. Das ist falsch.

In Bundesbern gibt man mit dem Zweihänder Geld aus, nur bei der Armee und der Landwirtschaft will man immer wieder sparen. Das ist falsch.

Um hier Gegensteuer zu geben, müssen wir oftmals unbequem sein. Das braucht breite Schultern und Kampflust.

### Damit wir alle frei bleiben, setzen wir uns konsequent ein:

- für die Selbstbestimmung der Schweizerinnen und Schweizer,
- für die demokratischen Rechte des Volkes,
- für die Neutralität unseres Landes,
- für tiefere Steuern für alle.

### Eine freie Schweiz braucht:

- eine starke Wirtschaft und genügend Arbeitsplätze,
- eine gut ausgerüstete und einsatzfähige Armee,
- eine einheimische produzierende Landwirtschaft,
- eine kostengünstige und genügende Energieversorgung.

Die Schweiz ist einmalig. In keinem anderen Land auf der Welt, hat die Bevölkerung zu jedem Gesetz das letzte Wort. Das Volk kann die Verfassung eigenständig ändern oder ergänzen. Damit wird die Macht der Politiker beschränkt, was natürlich nicht allen passt.

Die direkte Demokratie ist aber der grosse Trumpf der Schweiz. Zusammen mit Tugenden wie Fleiss, Gründlichkeit und Zuverlässigkeit hat es unsere Willensnation zu Wohlstand und Lebensqualität gebracht.

Damit das auch in Zukunft so bleibt, sind wir bereit, mit Herzblut für Sie zu kämpfen.

Toni Brunner  
Nationalrat  
Präsident der SVP Schweiz  
Ebnet-Kappel



Kandidaten im Einsatz für Selbstbestimmung und Freiheit.

# Frei bleiben!

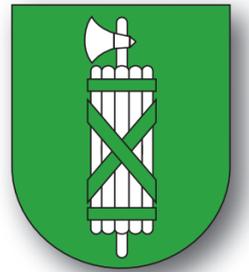
SVP wählen.

www.svp-sg.ch

Liste



# Für den Kanton St. Gallen in den Nationalrat



## Barbara Keller-Inhelder

- ✚ Beruf: Geschäftsführerin
- ✚ Funktion: Kantonsrätin, Vizepräsidentin SVP Kt. SG, Präsidentin Berufsmaturitätskommission
- ✚ Wohnort: Rapperswil-Jona
- ✚ Jahrgang: 1968
- ✚ Zivilstand: verheiratet, zwei erw. Kinder
- ✚ Hobbies: Betreuung von Jugendlichen in Schwierigkeiten

«Ich kämpfe gegen Asyl- und Sozialmissbrauch, gegen die unkontrollierte Zuwanderung in unsere Sozialwerke und für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen, für tiefere Steuern, weniger Bürokratie und gegen die zunehmende staatliche Bevormundung.»



## Mike Egger

- ✚ Beruf: Fleischfachmann EFZ, Technischer Kaufmann mit Eidg. Fachausweis
- ✚ Funktion: Kantonsrat, Präsident JSVP
- ✚ Wohnort: Berneck
- ✚ Jahrgang: 1992
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbies: Politik, Joggen, Fussball, Judo

«En Büezer für Bern: Ich setze mich für die Aufwertung der Berufsbildung und bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz, sowie den Stopp des Asylmissbrauchs und des religiösen Extremismus ein.»



## Walter Freund

- ✚ Beruf: Meisterlandwirt
- ✚ Funktion: Kantonsrat, Präsident Landwirtschaftliche Vereinigung Rheintal, Vorstand Verein St. Galler Rheintal, Präsident Landwirtschaftsgruppe SVP SG
- ✚ Wohnort: Eichberg
- ✚ Jahrgang: 1956
- ✚ Zivilstand: verheiratet, zwei erw. Kinder
- ✚ Hobbies: Skifahren, Wandern

«Ich setze mich für eine produzierende Landwirtschaft, die neben den gemeinwirtschaftlichen Leistungen gleichwertig gefördert wird sowie den Schutz des Kulturlandes ein. Arbeit soll sich wieder lohnen, unsere Sozialwerke dürfen nicht geplündert werden.»



## Christof Hartmann

- ✚ Beruf: Bankanstellter
- ✚ Funktion: Kantonsrat, Gemeinderat, Mitglied Viehschaukommission Walenstadt, Präsident SVP Sarganserland, Vorstand Kantonaler Gewerbeverband St. Gallen
- ✚ Wohnort: Walenstadt
- ✚ Jahrgang: 1976
- ✚ Zivilstand: verheiratet, ein Kind
- ✚ Hobbies: Familie, Wandern, Schwingsport

«Gradlinig und konsequent: Stopp dem Asylchaos – stopp der staatlichen Verbots- und Regulierungswut – stopp dem Ausgabewachstum beim Bund – stopp dem Missbrauch in unseren Sozialsystemen.»

## Kulturland erhalten!

**Unser Schweizer Kulturland wird von den Bauernfamilien gepflegt und gestaltet. Dies ist die Basis für gesunde Nahrungsmittel. Wir müssen zum Kulturland Sorge tragen, daher sind auch Renaturierungsprojekte kritisch zu hinterfragen.**

Wir Bauern produzieren gesunde Lebensmittel für die Schweizer Bevölkerung. Darauf sind wir stolz. Ich setze mich daher für eine produzierende Landwirtschaft ein, die über die Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen gleichwertig gefördert wird. Es gibt nämlich nicht einfach den Bauern oder den Betrieb. Wir Bauern und unsere Betriebe sind vielfältig. Daher stehe ich sowohl zu den Berg- als auch zu den Talbauern, zu den Haupterwerbsbetrieben genauso wie zu den Nebenerwerbsbetrieben. Hauptauftrag für alle soll die Produktion von gesunden und natürlichen Nahrungsmitteln für die hiesige Bevölkerung sein.

Das Kulturland ist und bleibt die Grundlage unserer Nahrungsmittel und muss dementsprechend erhalten bleiben. Die grossartige und vielfältige Landschaft in der Schweiz verdanken wir den produzierenden Bauern. Aber allein in den letzten 25 Jahren wurden 85071 Hektaren Agrarfläche und somit Kulturland für Gebäude, Strassen, Parkplätze, Sportanlagen, Wald und unproduktive Flächen verbaut. Und geht es nach dem Willen der Mehrheit des Parlamentes, sollen gemäss Gewässerschutzgesetz in den nächsten 20 Jahren weitere 20000 Hektaren bestes Kulturland für Renaturierungen von Fließgewässern geopfert werden. Das ist keine gute Idee, denn gerade in flussnahen Gebieten liegen die besten Böden.

Ich habe Verständnis für einen gewissen Hochwasserschutz, doch leider wird mit Renaturierungen viel zu viel gutes Kulturland geopfert. Aus nächster Nähe ver-

folge ich das Hochwasserschutzprojekt «Rhesi» was soviel heisst wie «Rhein – Erholung – Sicherheit». Dieses Projekt soll die Hochwassersicherheit im Rheintal verbessern. Leider hat bei «Rhesi» die Renaturierung einen zu hohen Stellenwert und man will 500 ha landwirtschaftliche Nutzflächen einseitig der Ökologie opfern. Ich bin der Meinung, dass zuerst die Trinkwasserversorgung und der Hochwasserschutz und erst dann die Renaturierung erfolgen müssen. Die 500 ha landwirtschaftliche Flächen sind für die Ernährung sehr wichtig und dürfen nicht einfach der Natur überlassen werden.

Leider unterstützt die Agrarpolitik 2014-17 diese falschen Akzente und die Bauern werden immer mehr aus der Produktion gedrängt. Dabei ist die Produktion von einheimischen Nahrungsmitteln nach unseren strengen gesetzlichen Vorgaben viel ökologischer, als Gemüse, Getreide, Käse und Fleisch zu importieren. Ich stehe ein für produzierende, bäuerliche Familienbetriebe und will freie Bauern, die unternehmerisch wirken können und nicht ständig durch neue Reglementierungen, mehr Bürokratie und Kontrollen belastet werden. Und wenn wir in der Schweiz weiterhin gesunde und einheimische Nahrungsmittel wollen, dann brauchen wir Bauern genügend Land, das wir nachhaltig bewirtschaften und pflegen können.

Nationalratskandidat  
Walter Freund  
Kantonsrat  
Eichberg

## Für einheimische Produkte.

## SVP wählen.

www.svp-sg.ch

Liste **8**  SCHWEIZER QUALITÄT  
Die Partei des Mittelstandes

# Für den Kanton St. Gallen in den Nationalrat



## Gottfried Jud

✚ Beruf: Meisterlandwirt  
✚ Funktion: Gemeinderat in Degersheim

✚ Wohnort: Wolfertswil  
✚ Jahrgang: 1955  
✚ Zivilstand: verheiratet, vier erwachsene Kinder  
✚ Hobbies: Jagen, Wandern, Velofahren

«Wir Schweizer Bauern produzieren mit Stolz gesunde und hochwertige Nahrungsmittel. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, setze ich mich für die Stärkung der produzierenden Landwirtschaft ein!»



## Roman Rauper

✚ Beruf: Geschäftsführer & Interim Manager  
✚ Funktion: Präsident SVP Gams, Vize-Präsident SVP International, Auslandschweizerrat

✚ Wohnort: Gams  
✚ Jahrgang: 1973  
✚ Zivilstand: verheiratet, drei Kinder  
✚ Hobbies: Wintersport, Tauchen, Politik

«Mehr Wirtschaftsfreiheit statt Bürokratie! Ich stehe ein für eine weltoffene, eigenständige Schweiz mit einer starken Wirtschaft. Der Staat soll die Wirtschaft weder konkurrenzieren noch behindern, sondern gleichwohl effizienter werden.»



## Paul Scheiwiller

✚ Beruf: Unternehmer / Geschäftsführer  
✚ Funktion: 1997 Gründungspräsident SVP Waldkirch-Bernhardzell  
2000 - 2007 Gemeinderat Waldkirch

✚ Wohnort: Waldkirch  
✚ Jahrgang: 1966  
✚ Zivilstand: verheiratet, zwei erwachsene Kinder  
✚ Hobbies: CEO/VRP Walter Zoo AG Gossau, Fernreisen, Fischen

«Als Unternehmer stehe ich ein für die Sicherung des Schweizer Arbeitsplatzes, den Abbau von Steuern, Statistiken und Bürokratie, eine massvolle und selbstgesteuerte Einwanderung sowie eine neutrale, unabhängige, selbstbewusste und selbstbestimmte Schweiz!»



## Linus Thalmann

✚ Beruf: Gastrounternehmer  
✚ Funktion: Kantonsrat seit 2006, Mitglied Fraktionsvorstand, Präsident SVP Kirchberg SG

✚ Wohnort: Kirchberg SG  
✚ Jahrgang: 1968  
✚ Zivilstand: verheiratet, drei Kinder  
✚ Hobbies: Wandern, Skifahren, Politik

«Faire Importpreise, Gewährleistung des Berufsbildungssystems, eine Mobilitätspolitik ohne Auspielung des öffentlichen gegen den Individualverkehr und haushälterische Finanzpolitik sind die Garantien für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz.»

## Einheimische produzierende Landwirtschaft

Wir Bauern wollen aus einheimischer Produktion qualitativ hervorragende Erzeugnisse herstellen. Dazu braucht es mehr unternehmerische Freiheiten, eine gute Ausbildung und einen angemessenen Erlös für unsere Produkte.

Nur ein gesunder Bauernstand kann aus einheimischer Produktion qualitativ hervorragende Erzeugnisse herstellen. Dazu braucht es keine planwirtschaftlichen Einschränkungen, sondern unternehmerische Freiräume für uns Bauern. Wo Bauern Tiere pflegen und Kulturland bewirtschaften, sind deren Leistungen angemessen zu entschädigen. Damit die Landwirtschaft ihren wichtigen verfassungsmässigen Auftrag wahrnehmen kann, setzt die SVP Schweiz auf den produzierenden Familienbetrieb.

### Für hochwertige Nahrungsmittel aus Schweizer Produktion

Denn die aktuelle Agrarpolitik 2014-17 benachteiligt die produzierende Landwirtschaft. Dies trifft in erster Linie uns bäuerliche Familienbetriebe und wird dem verfassungsmässigen Auftrag, den die Landwirtschaft für die Schweiz zu erfüllen hat, nicht gerecht. Die SVP setzt weiterhin auf eine Stärkung der produzierenden Familienbetriebe, denn nur ein gesunder Bauernstand kann aus eigener Produktion qualitativ hochwertige Erzeugnisse für die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten hervorbringen. Die einheimische Produktion von Lebensmitteln ist am ökologischsten und garantiert die Versor-

gungssicherheit in der Schweiz. Die einheimische produzierende Landwirtschaft muss daher erhalten und gestärkt werden, weitere Extensivierungen lehnen wir ab.

### Wir SVP-Bauern setzen uns daher ein für:

- Die Stärkung der produzierenden Landwirtschaft,
- keinen grenzenlosen Agrarfreihandel und keine Öffnung für Milch und Milchprodukte (ohne Käse) aus dem Ausland,
- Milch- und Fleischproduktion im Zentrum der Schweizer Landwirtschaftspolitik,
- keine weitere Extensivierung der Landwirtschaft,
- die Sicherung des bäuerlichen Erwerbseinkommens,
- den Abbau der Agrarbürokratie,
- mehr Planungs- und Investitionssicherheit,
- eine flexiblere Raumplanungsgesetzgebung,
- die Stärkung der landwirtschaftlichen Ausbildung.

Nationalratskandidat  
Gottfried Jud  
Degersheim



## Frei bleiben!

SVP wählen.

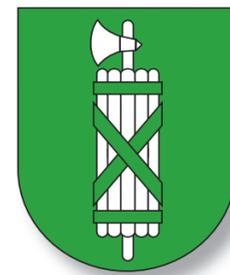
www.svp-sg.ch

Liste

8

SCHWEIZER  
QUALITÄT  
SVP  
Die Partei des Mittelstandes

# So wählen Sie im Kanton St. Gallen richtig!



## 1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vordruckten Nationalratskandidaten-Wahlzettel (Listen)
- Kleines Couvert
- Ständeratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis

## 2. Wählen Sie die Liste 8

Trennen Sie die SVP-Liste 8 vom Wahlzettel-Block ab.

## 3. SVP-Nationalratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie die SVP-Liste Nummer 8 unverändert ins kleine Couvert.

## 4. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Kreuzen Sie auf dem Ständeratswahlzettel den Namen des SVP-Ständeratskandidaten Thomas Müller an.

## 5. Ständeratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie die Ständeratsliste zur Nationalratsliste ebenfalls ins kleine Couvert und verschliessen Sie dieses.

## 6. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.

## 7. Alles ins grosse Couvert:

Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert.

Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.

## 8. Abschicken:

Couvert bis spätestens **15. Oktober** per A-Post aufgeben oder bis **16. Oktober** bei der Gemeinde abgeben oder am **18. Oktober** an die Urne gehen.

## Achtung!

- Legen Sie nur **eine** Nationalratsliste ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!

Kanton St.Gallen

**Stimmzettel**

für die Wahl der 12 st.gallischen Mitglieder des Nationalrates vom 18. Oktober 2015

Liste Nr. **08 SVP Schweizerische Volkspartei des Kantons St.Gallen**

Listenverbindung: Liste Nr. 08 und Liste Nr. 19

08.01 **Brunner Toni**, Landwirt, Ebnat-Kappel (bisher)

08.02 **Reimann Lukas**, Jurist, MLaw, Wil (bisher)

08.03 **Müller Thomas**, Stadtpräsident, lic.iur. Rechtsanwalt, Rorschach (bisher)

08.04 **Büchel Roland Rino**, Sportmanager, Kleinunternehmer, Oberriet (bisher)

08.05 **Keller-Inhelder Barbara**, Geschäftsführerin, Kantonsrätin, Jona

08.06 **Egger Mike**, Technischer Kaufmann, Fleischfachmann, Berneck

08.07 **Freund Walter**, Meisterlandwirt, Eichberg

08.08 **Hartmann Christof**, Bankangestellter, Gemeinderat, Kantonsrat, Walenstadt

08.09 **Jud Gottfried**, Meisterlandwirt, Wolfertswil

08.10 **Rauper Roman**, Geschäftsführer, Gams

08.11 **Scheiwiler Paul**, Unternehmer, Geschäftsführer, Waldkirch

08.12 **Thalmann Linus**, Gastronunternehmer, Dietschwil

Kanton St.Gallen

**Stimmzettel**

für die Wahl der 2 st.gallischen Mitglieder des Ständerates vom 18. Oktober 2015 (Amtsdauer 2015–2019)

max. 2

1 **Keller-Sutter Karin**, Ständerätin, Wil, FDP (bisher)

2 **Rechsteiner Paul**, Ständerat, St. Gallen, SP (bisher)

3 **Ammann Richard**, Kantonsrat, Sekundarlehrer, Abtwil, BDP

4 **Gilli Yvonne**, Dr.med., Fachärztin für Allgemeine Innere Medizin FMH, Wil, GRÜNE

5 **Müller Thomas**, lic.iur., Stadtpräsident, Rechtsanwalt, Rorschach, SVP



1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.



2. Nationalrats-Wahlzettel SVP Liste 8 abtrennen.



3. Wahlzettel SVP Liste 8 ins kleine Couvert legen.



4. Auf der Ständeratsliste Thomas Müller ankreuzen.



5. Ständeratsliste auch ins kleine Couvert legen.



6. Stimmrechtsausweis unterschreiben.



7. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.



8. Couvert auf die Post oder Gemeinde bringen.

## Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

**Gratis-Hotline: 0800 002 444**

Vom 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren. Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen? Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: [wahlen@svp.ch](mailto:wahlen@svp.ch)**

Für den Ständerat:



**Thomas Müller**  
in den Ständerat

Für einen bürgerlichen Ständerat!

[www.svp-sg.ch](http://www.svp-sg.ch)



Für den Nationalrat:

**Liste 8!**

**SVP wählen.**

[www.svp-sg.ch](http://www.svp-sg.ch)

